Donnerstag, den 29. Juni 1933

Nr. 150. Jahrgang 115

Soester Kreisblatt

Die nationale Zeitung für alle Volkskreise

Soester Zeitung und Tageblatt, früher Amtlicher Publikationskraft der Behörden

Wochenblatt mit allein rechtsverbindlichem Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Größte Sparsamkeit auf allen Gebieten

Der neue Reichshaushalt

Außerordentliche Senkung des Gesamtetats — Die Etats der neuen Ministerien für Propaganda und Luftfahrt — Im Vordergrunde: Arbeitsbeschaffung

Der am Dienstag von der Reichsregierung beratene und in seiner jetzigen Form genehmigte **neue Reichshaushaltsplan**, der **am 1. Juli in Kraft** treten wird, ist das erste große Etatswerk der Regierung der nationalen Erhebung.

Das Provisorium

Die bis zu den Reichstagswahlen vom 5. März bestehende Lage im Reich und in den Ländern, die ausgeschriebenen Wahlen, ferner die im Monat März dringend notwendige politische Festigung, das durch den Reichstagsbrand und ähnliche Aktionen veranlaßte Vorgehen gegen die KPD. hinderte die Reichsregierung daran, schon zu Beginn des Etatsjahres, zum 1. April, einen neuen Reichsetat aufzustellen, der den neuen Grundsätzen in vollem Umfange Rechnung trägt. So wurde **zunächst ein Provisorium** geschaffen und **der Etat von 1932 um ein Viertel bis zum 30. Juni d. J. verlängert.** Lediglich für das neue **Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda** wurde ein **kleiner Sonderetat** geschaffen, später auch eine **Einrichtungssumme für das Reichsministerium für Luftfahrt** ausgeworfen. Es handelt sich aber wohlgemerkt hierbei nicht etwa um neue Ausgaben, sondern lediglich um Verlagerung von Ausgaben, da die neuen Ministerien Aufgaben übernommen haben, die bisher auf andere Ministerien und Behörden verteilt waren. Die Etats dieser Ministerien konnten natürlich entsprechend gesenkt werden.

Der neue Etat

Die Tatsache, daß der neue Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 5 927 499 050 RM. abschließt, gegen den Etat des Vorjahres um 1 650 000 000 RM. trotz umfangreicher Maßnahmen zu produktiver Arbeitsbeschaffung gesenkt werden konnte, zeigt schon, daß der Etat außerordentlich straff gehalten und jeder Pfennig auf die Notwendigkeit und den Wert seiner Ausgabe geprüft worden ist. Dabei sind die Reichssteuerüberweisungen für die Länder noch um 58 Millionen RM. höher als das Ist-Aufkommen im Jahre 1932 angesetzt worden, und zwar mit 1 781 000 000 RM. Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen für das Reich ist auf 5 221 000 000 RM. geschätzt worden, doch gehen davon 132 Millionen RM. an Sonderüberweisungen für die Länder ab.

Das Reichskabinett dürfte sich schon in den nächsten Tagen mit einem

Entwurf eines Gesetzes für die Erwerbslosenhilfe

beschäftigen, der vom Reichsfinanzminister aufgestellt worden ist. Dieses Gesetz dürfte die gesamte Erwerbslosenhilfe auf eine neue Basis stellen und sie erheblich produktiver gestalten. Das geht auch schon daraus hervor, daß

in den 400 Millionen RM., die für Erwerbslosenhilfe eingestellt worden sind, 200 Millionen RM. für die Durchführung des Arbeitsdienstes

verwendet werden sollen. Man wird also in erster Linie Arbeit schaffen und den Arbeitsmarkt dadurch entlasten, anstatt wie bisher ungeheure Summen für die Unterstützung auszugeben, ohne den Versuch zu machen, diese Summen im Wege produktiver Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft und dem Volke zuzuführen, für viele Hunderttausende Arbeit und Brot zu schaffen und die Wirtschaft wieder zu beleben. Zum erstenmal ist in einem Reichsetat das Moment der

Arbeitsbeschaffung wieder in den Vordergrund

gestellt worden, während bisher immer wieder und wieder die Hauptrolle im Etat die Form der Unterstützung der Erwerbslosen spielte. Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk dürfte nach endgültiger Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes der Oeffentlichkeit noch die Grundsätze und Gedanken mitteilen, die ihm bei der Aufstellung des neuen Reichsetats als Leitsätze gedient haben. Wenn es gelungen ist, trotz Schaffung des Reichspropagandaministeriums und des Reichsministeriums für Luftfahrt den Etat so gewaltig zu senken, so ergibt sich daraus, daß altpreußische Sparsamkeit auch heute noch möglich ist.

Hugenbergs Nachfolger?

Darre voraussichtlich Ernährungsminister — Der Kanzler [illegible] nach Neudeck

Im Zusammenhang mit dem **Rücktrittsgesuch** des Reichsministers Dr. **Hugenberg** wird in den nächsten Tagen in **Neudeck** zwischen dem **Reichspräsidenten** und dem **Reichskanzler** eine **Aussprache** über die damit zusammenhängenden Fragen stattfinden.

Ueber die **Neubesetzung** der preußischen Ministerien für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Wirtschaft und Arbeit ist **noch nicht gesprochen worden.** Ob es bei der bisherigen Form bleibt, daß diese preußischen Ministerien von den zuständigen Reichsministern mitverwaltet werden, kann noch nicht gesagt werden. Daß das **Rücktrittsgesuch** des Reichsministers Dr. **Hugenberg genehmigt** wird, dürfte wohl **außer Zweifel** stehen. Die Genehmigung dürfte nur noch als eine Formsache zu betrachten sein.

Das Conlibüro schreibt weiter:

Inzwischen unterhält man sich bereits über die Frage der Nachfolge in den Reichsministerien. Daß es darüber irgendeine Diskussion gibt, ist natürlich vollkommen ausgeschlossen. Der Reichskanzler ernennt und sein Entschluß ist selbstverständlich richtig und gut. Als mutmaßlicher Nachfolger für den Posten des Reichsernährungsministers gilt seit langem der nationalsozialistische Reichsbauernführer Walter Darre, der bereits an der Spitze aller auf landwirtschaftlichem Boden vorhandenen Reichsorganisationen steht. Walter Darre ist bekanntlich der ernsteste sachliche Gegner der Landwirtschaftspolitik des Reichsministers Dr. Hugenberg gewesen.

Ueber die Neubesetzung der anderen Ministerien kann man wohl im augenblicklichen Stadium noch nichts Bestimmtes sagen.

Die Bevölkerungspolitik

Der Reichsinnenminister für „familienfreundliche Gesetzgebung"

Auf der ersten **Sitzung des Sachverständigenbeirates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik** hielt der **Reichsinnenminister** eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Deutschland ist das Land, das sowohl während des Krieges wie nach dem Kriege den

bedrohlichsten Ausfall an Geburten

zu verzeichnen gehabt hat. Während wir um die Jahrhundertwende noch etwa zwei Millionen Geburten im Jahre hatten, sind es heute nur noch rund 975 000. Das deutsche Volk ist zum Ein-, ja zum Keinkindersystem übergegangen. Der Rückgang der Sterblichkeit im volksbiologischen Gesamthaushalt unseres Volkes reicht nicht mehr aus, um die Erhaltung des Bevölkerungsbestandes zu sichern. Nur die ländlichen Gemeinden haben noch einen geringen Geburtenüberschuß, der aber nicht mehr ausreicht, um den Verlust in den deutschen Städten zu ersetzen. Unser Volk geht unweigerlich einer starken Ueberalterung und Vergreisung entgegen.

Doch es ist nicht nur die Zahl, die zu Bedenken Anlaß gibt, sondern in gleichem Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung. Es gibt Autoren, die bereits

20 Prozent der deutschen Bevölkerung als erbbiologisch geschädigt ansehen,

von denen dann also Nachwuchs nicht mehr erwünscht sei. Es kommt hinzu, daß gerade oft schwachsinnige und minderwertige Personen eine überdurchschnittlich große Fortpflanzung aufweisen. Das bedeutet, daß die begabtere wertvolle Schicht von Generation zu Generation abnimmt und in wenigen Generationen nahezu völlig ausgestorben sein wird. Unsere Nachbarn im Osten haben etwa die doppelte Lebendgeborenenzahl. Die Abwanderung von dem Lande in die Städte, aus dem Osten nach dem Westen hat bereits in einigen Landkreisen des Ostens zu einem merklichen Bevölkerungsrückgang geführt, sodaß trotz der vorhandenen Arbeitslosigkeit die Gefahr der Zuwanderung von Fremdstämmigen im Osten besteht. In gleichem Maße müssen wir die fortschreitende Rassenmischung und Rassenentartung unseres Volkes mit Sorge verfolgen.

Bei der überaus starken Belastung unseres Volkes mit Steuern, Sozialabgaben und Zinsen dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Staat an einen

Umbau der gesamten Gesetzgebung und eine Verminderung der Lasten für Minderwertige und Asoziale

heranzugehen haben wird. Es kostet der Geisteskranke etwa vier Reichsmark den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstumme 5 bis 6 RM. den Tag, während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,51 RM., der Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte etwa 4 RM. den Tag zur Verfügung haben. Das sind Folgen einer übertriebenen Fürsorge für das Einzelindividuum, die den Arbeitswillen der Gesunden ertöten und das Volk zu Rentenempfängern erziehen muß. Andererseits belasten sie die wertvollen Familien derart, daß Abtreibung und Geburtenverhütung die Folge davon sind.

Zur Erhöhung der Zahl erbgesunder Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht, die Ausgaben für Asoziale, Minderwertige und hoffnungslos Erbkranke herabzusetzen und die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern.

Mit der Ausmerzung und Auslese ist jedoch noch nichts erreicht, wenn wir nicht

durch positive bevölkerungspolitische Maßnahmen die Familiengründung und die ausreichende Fortpflanzung der wertvollen erbgesunden deutschen Menschen erreichen.

Die bisherige Gesetzgebung und Praxis hat zu einer Bevorzugung der Kinderlosen und Kinderarmen geführt.

Wenn heute noch Millionen von Müttern, oft gerade kinderreiche Mütter, neben ihren häuslichen Pflichten im Arbeitsprozeß stehen, nur weil sie den Ernährungsspielraum vergrößern müssen, während unverheiratete, männliche Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, so ist es höchste Zeit, daß wir an die Lösung dieses Problems mit Energie herangehen und durch Familienlastenausgleich Wandel schaffen. Die vohandenen gesetzlichen Bestimmungen sind auf ihre familienfeindliche Wirksamkeit hin nachzuprüfen und

eine familienfreundliche Gesetzgebung ist in Angriff zu nehmen.

Es muß ermöglicht werden, für Einkommensteuerpflichtige durch stärker gestaffelten Steuernachlaß in Prozenten der Steuer einen fühlbaren Ausgleich zu schaffen. Ebenso müßte die Besoldung der Beamten nach dem Familienstand und der Kinderzahl noch wirksamer abgestuft werden. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von drei bis vier Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln. Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmerkreise durch einen wirksamen Steuernachlaß erfaßt werden könnten, gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern nur die Möglichkeit, den Ausgleich durch Ausgleichskassen zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten hätten. Bei der schwierigen Finanzlage erscheint die Durchführung aller dieser familienfördernden Maßnahmen allerdings nur möglich, wenn eine Entlastung auf anderen Gebieten, z. B. durch Vereinheitlichung und geeignete Sparmaßnahmen im Sozialversicherungswesen eintritt.

Die Goldwährung

Holland bleibt dabei

Der Führer der holländischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz, Ministerpräsident Colijn, erklärte, daß Holland **keineswegs beabsichtige, die Goldwährung aufzugeben.** Alle gegenteiligen Gerüchte entbehren jeglicher Grundlage.

Estland gibt sie auf

Aus Reval wird gemeldet: Das Parlament hat die Loslösung der Währung vom Golde beschlossen. Der Beschluß wird sofort durchgeführt werden, wobei eine Angleichung des Kurses an den Kurs der schwedischen Krone vorgesehen ist. Die Einschränkungen im Devisenverkehr bleiben vorläufig bestehen. Der Abgang vom Goldstandard erfolgte zum Zwecke einer Belebung des Ausfuhrhandels.

Die Jugend sammelt sich in der Hitler-Jugend

Die Pressestelle der Reichsjugendführung teilt mit:

Folgende Jugendverbände haben sich aufgelöst und Anweisung gegeben, ihre Mitglieder in die Hitler-Jugend zu überführen:

Nerother-Bund,

Wald-Pfadfinder,

Jugendgruppen der deutschen Falkenschaft (Schirmherr Wilhelm Kotzde),

Wandervogel Deutscher Bund,

Ebenso hat sich das autonome deutsche koloniale Jugendkorps (Hauptmann Schmitt) aufgelöst. Der Korpschef hat den Uebertritt der einzelnen Mitglieder in die Hitler-Jugend angeordnet.

Der Bund deutscher Pfadfinderinnen e. V., der schon seit längerer Zeit auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung steht, hat sich auf Anordnung der Bundesführerin Käthe Gerling aufgelöst. Die Mitglieder des Bundes deutscher Pfadfinderinnen werden einzeln in den Bund deutscher Mädel in der Hitler-Jugend übergeführt.

Die Kyffhäuser-Jugend überführt alle ihre Mitglieder unter 18 Jahren ebenfalls in die Hitler-Jugend. In der Zeit vom 30. 6. bis 4. 7. wird in Potsdam das letzte Treffen der Kyffhäuser-Jugend unter 18 Jahren stattfinden.

Reichskanzler Hitler bei den Zeitungsverlegern

Der Kanzler über die Zeitungen und die politische und wirtschaftliche Entwicklung

Reichskanzler Adolf Hitler erschien aus Anlaß der ersten Sitzung des neugewählten Vorstandes des **Vereins Deutscher Zeitungsverleger** im Preßhaus in Berlin.

In einer Ansprache führte **der Reichskanzler** u. a. aus, daß wir uns mitten im Stadium der Vereinigung der Verhältnisse befinden, die den früheren Zustand der Verwirrung und Verirrung geschaffen haben. Da er glaube, daß auf die Dauer die Presse nicht existieren könne, wenn nicht klar eine Entscheidung über die Richtung hervortrete, die nun als Sieger in Deutschland anzusehen sei und die deutsche Zukunft bestimmen werde, begrüße er es, daß die deutsche Verlegerschaft sich von sich aus bereits mit dieser Tatsache abgefunden habe und gewillt sei, auf diesen Boden zu treten. Je schneller dieser Uebergangszustand beseitigt werde, um so schneller und sicherer werde die deutsche Wirtschaft und damit das notleidende Zeitungsgewerbe wieder in Ordnung kommen.

Es sei nicht beabsichtigt, etwa nur Staatszeitungen in Deutschland herauszugeben, was seinen sonstigen wirtschaftlichen Auffassungen völlig widersprechen werde. Aber man müsse selbstverständlich jedem einzelnen die Pflicht auferlegen, daß er im Sinne der gleichen weltanschaulichen Linie mitarbeite.

Es sei selbstverständlich, daß, auf die Dauer gesehen, die Zeitungen als wirtschaftliche Unternehmungen genau so eine gesunde wirtschaftliche Grundlage brauchen, wie jedes andere Unternehmen auch, daß aber eine gesunde Wirtschaft nur dann entstehen könne, wenn endlich die politischen Streitigkeiten entschieden seien. Die Würfel seien nun gefallen und er danke den Verlegern, daß sie selbst bereit seien, diese Entscheidungen anzuerkennen. Je mehr sich das ganze Deutschland hinter diese Entscheidung stelle, um so mehr werde ein festes Fundament geschaffen, auf dem sich die Wirtschaft wieder aufrichten könne. Die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet seien bisher nicht vergeblich gewesen.

1,7 Millionen Menschen seien bisher wieder in die Betriebe zurückgeführt, davon mindestens 700 000 über die normalsommerliche Aufwärtsentwicklung hinaus.

Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit beginne erst jetzt und werde mit immer größerer Energie geführt. Er sei überzeugt, daß dieses Problem absolut gemeistert und gelöst werde, zuvor müsse allerdings das politische Problem endgültig gelöst werden, das was jetzt zur Diskussion stehe,

Ueberwindung des Parteistaates der Vergangenheit.

Im übrigen glaube er, daß die Probleme, die Deutschland zur Zeit beschäftigten, allen anderen Regierungen in der Welt auch gestellt seien, die diese Probleme letzten Endes auch nur dann lösen würden, wenn ihnen dieselbe Autorität zur Verfügung stehe, die wir zur Zeit in Deutschland uns zu schaffen bemühen. Er persönlich sei der

Ueberzeugung, daß vieles von dem, was die übrige Welt jetzt an uns kritisiert, schon in wenigen Jahren von ihr vorgenommen werden würde.

Zum Schluß richtete der Reichskanzler den Appell an die Zeitungsverleger, sich hundertprozentig hinter die in Deutschland gefundene Lösung zu stellen, die für Deutschlands Zukunft die zuträglichste sei, und die nicht mehr zu ändern sei, da das Schicksal die Entscheidung schon getroffen habe. Es werde im Laufe der Zeit, wie immer im Wirtschaftsleben, auch im Zeitungswesen das eine oder andere zugrunde gehen, aber es werde doch ein gewisser Stamm deutscher Zeitungsverleger übrig bleiben, der dann gesund sein werde und auch in die Zukunft hinein zu wachsen vermöge.

Er lege Wert darauf, daß die private Initiative unbedingt erhalten bleibe,

als Voraussetzung für die Entwicklung der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in Deutschland an sich gegeben seien. Aus dieser seiner eigenen Einstellung könne man ersehen, daß unser Kampf nicht gegen den Unternehmer als verantwortlichen Träger des Unternehmens gerichtet sei, sondern nur gegen eine Presse, die ihre Aufgabe der Nation gegenüber nicht erkannt habe, oder sie nicht erfüllen wollte, nur dagegen.

„Herrenmensch werden!"

Dr. Ley über Genf und Internationale

Bei einer **Kundgebung aller schaffenden Volksgenossen Hannovers** sprach der Führer der Deutschen Arbeitsfront, **Dr. Ley**, über die **Nichtigkeit der Internationale** und den **Wert des deutschen Arbeitsmenschen.**

Dr. Ley ging in seinen wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen davon aus, daß sich das deutsche Volk in einem grundlegenden weltanschaulichen Wechsel, in einer Revolution befinde, die es gewinnen müsse, wenn es nicht zugrunde gehen solle. Niemals werde das Leben der Völker entschieden durch Materialismus, durch Neid, Mißgunst oder Klassenhaß. Die Nation werde vernichtet, wenn sich einige Stände von ihr lösten. Nicht weil es Opfer bringen müsse, werde ein Volk zerbrechen, sondern es vergehe nur dann, wenn ihm nicht klargemacht werde, warum es diese Opfer bringen müsse, wenn ihm nicht das Vorbild des Opferns gezeigt werde. Daran sei heute auch Hugenberg zerbrochen.

Als Dr. Ley dann mitteilte, daß

Dr. Hugenberg sein Rücktrittsgesuch eingereicht

habe, löste sich, so heißt es im Bericht des Conti-Büros, brausender Jubel. Das sei, führte Dr. Ley weiter aus, notwendig gewesen, denn es müsse alles neu werden. Revolutionen seien total, oder sie seien es nicht. Daher sei auch die Sozialdemokratie 1918 gescheitert, weil sie keinen Mut gehabt habe und keine Verantwortung habe tragen wollen. Wir werden alle meistern, so sagte Dr. Ley. Wir werden jedes Hindernis aus dem Wege räumen, weil wir eine Weltanschauung haben, eine Kraft, die nie erlahmt.

Dann befaßte sich der Führer der Arbeitsfront eingehend mit den

Vorgängen auf der Genfer Arbeitskonferenz

und dem bei dieser Konferenz notwendig gewordenen Verhalten der deutschen Führer.

Drei Erkenntnisse

habe ich mitgebracht, erklärte der Redner: Einmal, wir wissen, daß es kein Einzelschicksal irgendeiner Klasse oder eines Berufes, sondern

der Welt gegenüber nur ein deutsches Schicksal

gibt. Zum anderen:

Die Marxisten

in der ganzen Welt sind gleich minderwertig, gleich verkommen und hassen alles, was Wert besitzt. Und zum dritten: Eine Nation, die die Ehre verliert, ist dem Untergang geweiht. Darum hat die deutsche Delegation in Genf zunächst einmal

betont, daß im neuen Deutschland der deutsche Arbeiter sich seine Ehre nicht nehmen lasse.

Arbeiter, Du sollst Dich nicht mehr ducken, Du sollst nicht mehr sagen: Ich bin ein Prolet, sondern Du sollst

ein Herrenmensch werden,

den Nacken stolz und die Augen leuchtend. Du sollst sagen: Ich bin ein wertvolles Glied meines Volkes, und darauf bin ich stolz. Entscheide Dich für oder wider Deutschland. Gehst Du mit uns, bist Du unser Kamerad und marschierst in eine neue Zukunft. Bist Du aber gegen Deutschland, dann erklären wir Dir aber ebenso brutal und rücksichtslos: Dann mußt Du vernichtet werden um Deutschland willen.

Dr. Ley sagte zum Schluß, ein Volk könne wohl einen Krieg verlieren, verliere es aber seine Revolution, dann komme das Chaos. „Volksgenossen! Wir haben eine Mission zu erfüllen. Wir wollen und müssen Deutschland retten. Vorwärts müssen wir stürmen. Deutschland muß leben, selbst wenn wir sterben müssen."

Die Straßenbenennung

Einheitliche Vorschriften

Wie das VDZ.-Büro meldet, hat **der preußische Innenminister** in einer **Rundverfügung** an alle Polizeibehörden die neuen **Grundsätze für die Straßenbenennung** in der Stadt Berlin zur allgemeinen Nachahmung empfohlen.

In diesen Grundsätzen wird zum Ausdruck gebracht, daß **die Straße dem Verkehr dient,** und daß **diesem Zwecke alle anderen Gesichtspunkte** (Ehrung, Erinnerung, Pietät u. a.) **unterzuordnen** sind. **Jeder Straßenname soll nur einmal** in der betreffenden Stadt vorkommen. Eine Wiederholung ist nur zugelassen, wenn eine Straße und ein Platz unmittelbar bei einander liegen, oder fortlaufende hervorragende Straßenzüge (Ausfallstraßen) von beträchtlicher Länge bei demselben Bestimmungswort in einzelne Abschnitte durch Aenderung des Beiwortes untergeteilt werden. Die Anzahl der Straßennamen ist möglichst zu beschränken. In einen Platz einmündende Straßen sollen mit ihren Namen nicht über den Platz hinweggeführt werden.

Zur **Abwechslung** sollen neben dem allgemeinen Beiwort „Straße" möglichst auch die Bezeichnungen Damm, Allee, Weg, Gang, Ring, Pfad, Gasse, Aue, Bahn, Steg, Wall, Graben, Landstraße, Gracht, Ufer, Strand und andere und für das Beiwort Platz die Bezeichnungen Markt, Plan, Freiheit, Park, Garten, Anger, Schanze, Wiese, Grund, Hof und andere verwendet werden.

Die Zusammenfassung von Straßen zu Straßenvierteln durch Zuteilung von Namen einer bestimmten Gattung wird als zweckmäßig bezeichnet.

Die Straßennamen sind **in erster Linie von der Oertlichkeit** oder von örtlichen **geschichtlichen Verhältnissen, Ereignissen oder Persönlichkeiten** herzuleiten. Straßennamen **nach lebenden Personen** sind aber grundsätzlich zu **vermeiden** und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zugelassen.

Der Straßenname soll **möglichst kurz, einprägsam und wohlklingend** sein. Namen, die zur Mißdeutung oder Verspottung Anlaß geben, antichig sind, oder die Anwohner verächtlich machen, sind unzulässig. Namen aus fremden Sprachen, deren Schreibeweise zu falscher Aussprache führt, sind nicht zu verwenden.

Kommunisten auf jeden Fall zu entlassen

Wie das VDZ.-Büro meldet, sind jetzt von den maßgebenden preußischen Stellen die **Durchführungsbestimmungen für die Angestellten und Arbeiter** im Zusammenhang mit dem Gesetz zur **Wiederherstellung des Berufsbeamtentums** bekanntgegeben worden.

Sie ordnen an, daß die **Durchführung des Gesetzes nun auch bei Angestellten und Arbeitern unverzüglich** einzuleiten ist. **Kommunisten** werden **auf jeden Fall entlassen.** Ihre Vorbildung ist nicht besonders zu prüfen. Nach dem Willen des Gesetzgebers haben sie stets die durch Gesetz bestimmten Voraussetzungen nicht erfüllt. Als Kommunisten, so heißt es weiter, fehlt ihnen auch die sonstige Eignung, gleichgültig, ob sie schon beim Eintritt in den Staatsdienst Kommunisten gewesen oder erst später geworden sind. Es ist auch gleichgültig, ob man ihnen die kommunistische Einstellung bis in die letzten Tage oder nur bis zu einer früheren Zeit nachweisen kann. Es muß nur nach den Umständen anzunehmen sein, daß sie Kommunisten geblieben sind. Dabei ist die Mitgliedschaft bei der KPD. oder ihren Hilfs- oder Ersatzorganisationen ebenso wenig erforderlich, wie eine kommunistische Betätigung im eigentlichen Sinne des Wortes. **Es genügt die nachweisbare kommunistische Einstellung.** Kommunisten, die vor dem 8. November 1918 in den Staatsdienst eingetreten sind, werden nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes entlassen. **Ausnahmen** sind nur zulässig, wenn sich der Angestellte oder Arbeiter von der KPD. tatsächlich losgesagt hat, und **wenn eine anerkannt nationale Organisation schriftlich bescheinigt hat, daß er national zuverlässig** sei. Die Uebertritte, die in den letzten Monaten erfolgt sind, müssen aber mit Vorsicht und Mißtrauen aufgenommen werden. Bis zum Nachweis des Gegenteils ist der angebliche Austritt aus der KPD. nur als Täuschungsmanöver zu werten. Dagegen soll die Tatsache, daß Angestellte und Arbeiter aus Elsaß-Lothringen, Oberschlesien oder anderen abgetrennten oder zeitweise besetzten Gebieten von einer fremden Macht bestraft, verfolgt, oder ausgewiesen sind, bei der Beurteilung zu ihren Gunsten berücksichtigt werden.

Was angebaut wurde

Bei der diesjährigen Anbauflächenerhebung ist nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes der Umfang des Getreideanbaues folgendermaßen festgestellt worden: Winterroggen 4.45 Mill. Hektar, Sommerroggen 65 000 Hektar, Winterweizen 2.03 Mill. Hektar, Sommerweizen 290 000 Hektar, Spelz und Emer 110 000 Hektar, Wintergerste 272 000 Hektar, Sommergerste 1.31 Mill. Hektar, Hafer 3.18 Mill. Hektar.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre hat sich der Roggenanbau weiterhin um 1.4 v. H. vergrößert, die Weizenanbaufläche um 1.7 v. H., Wintergerste um 10.7 v. H. Abgenommen hat die Bestellung von Sommergerste um 0.9 v. H., von Hafer um 3.2 v. H., der Anbau von Spelz und Emer um 4 v. H.

Der Anbau von Frühkartoffeln stellt sich für 1933 auf 246 000 Hektar (minus 3.8 v. H.), bei Zuckerrüben zeigt der Anbau eine Zunahme um 12.4 v. H.

Die „Margarineschilder" in Gastwirtschaften, Geschäften u. dgl.

Wie das VDZ.-Büro meldet, haben das preußische Innen- und das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gemeinsam eine **Durchführungsverordnung** zu den neuen Bestimmungen über den **Verkehr mit Erzeugnissen der Margarine-Fabriken und Oelmühlen** erlassen.

Darin wird hervorgehoben, daß gemäß den neuen Bestimmungen Gast- und Schankwirtschaften, Speisewirtschaften, Bäcker, Konditoren und andere Kleinhandelsfirmen, die **Lebensmittel** feilbieten, die **unter Verwendung von Margarine usw. hergestellt** sind, dies **durch besonderen Aushang kenntlich machen** müssen.

Zur Durchführung dieser Anweisung wird bestimmt, daß deklarationspflichtig vor allem Hotels, Restaurants, Pensionen, Privatmittagstische, Bahnhofsrestaurants, Speisewagen und Schiffsrestaurants, ferner Bäcker und Konditoren, und solche Betriebe sind, die Back- und Konditorwaren nicht selbst herstellen, sondern beziehen und im Einzelhandel **absetzen. Der** Zwang zur Kennzeichnung des Verbrauches von Margarine und Kunstspeisefetten usw. bezieht sich auf sämtliche Lebensmittel mit Ausnahme von Dauerwaren, wie z. B. Konserven, Dauerfleischwaren und Dauerbäckerwaren. In größeren Gastwirtschaften usw. sind die Aushänge in solcher Zahl anzubringen, daß sie für jeden Gast an jedem Platz aus deutlich sichtbar sind.

Die Polizeibehörden sind ersucht worden, hiernach alsbald das Weitere zu veranlassen. Dazu werde in erster Linie erforderlich sein, sobald wie möglich bei den betroffenen Betrieben durch Stichproben feststellen zu lassen, ob die Vorschriften beobachtet werden. Die Regierungspräsidenten werden ersucht, dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit bis zum 1. Oktober d. J. über den Erfolg der Maßnahmen zu berichten.

Amerikanische Studenten besuchen Deutschland

Mit dem Schnelldampfer **„Bremen"** des Norddeutschen Lloyd treffen dieser Tage **200 Studenten von 25 amerikanischen Universitäten und Hochschulen in Deutschland** ein. Die Ziele ihrer Reisen durch Deutschland und Europa sind verschieden. Einige Gruppen nehmen an Sommer- und Ferien-Kursen der Universitäten von München und Heidelberg, an der Pariser Sorbonne und der Internationalen Akademie in Genf teil, andere wollen Weimar und Jena, die Stätten deutschen Geistes, und Wien besuchen. Daneben sind Fahrten nach England und Rußland vorgesehen.

Hinrichtung eines Vatermörders

Der Besitzerssohn **Walter Buchholz aus Lindenberg,** Kreis Osterode (Ostpr.), der seinen **Vater ermordet** hatte, ist durch den Breslauer Scharfrichter **in Allenstein hingerichtet** worden.

Besuch des Danziger Senatspräsidenten in Warschau

Im Zusammenhang mit der Amtsübernahme des neuen Senates in Danzig haben der neugewählte Präsident des Senates, **Dr. Rauschning,** und der stellvertretende Präsident des Senates, **Greiser,** den **Wunsch** geäußert, einen **offiziellen Besuch in Warschau** abzustatten. Im Einvernehmen zwischen der polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig ist der Besuch auf den **3. Juli** festgesetzt worden. Es ist in Aussicht genommen, gelegentlich dieses Besuches sich über die **Möglichkeit der Aufnahme direkter Verhandlungen** betr. bestehender Meinungsverschiedenheiten zu verständigen.

Londoner Gespräche

Verhandlungsthemen in reicher Fülle

Kampf um die Ursprungsbezeichnung

In einer nichtöffentlichen Sitzung des Unterausschusses der Wirtschaftskommission, der sich mit der Frage der **Ursprungsbezeichnung für Waren** befaßt, zeigte sich beträchtlicher **Widerstand** gegen den kürzlich eingebrachten **deutschen Vorschlag** eines internationalen Uebereinkommens für eine allmähliche Einschränkung und schließlich **Abschaffung der Markierungsvorschriften.** Der Antrag wurde, wie der offizielle Bericht besagt, von dem britischen Delegierten bekämpft. Auch die Vertreter der Agrarländer in Zentral- und Osteuropa machten Einwände geltend.

Keine Einigung bei den Weizenbesprechungen

Bei der **Zusammenkunft der Weizenexportländer** teilte der australische Delegierte, Bruce, mit, daß **drei der australischen Staaten entschlossen gegen die Anbauflächenbeschränkung** seien. **Der amerikanische Vertreter** erklärte hierauf, daß, falls kein Abkommen erreicht werden kann, **Canada und die Vereinigten Staaten** schließlich gezwungen sein würden, ihren **Weizenüberschuß in Höhe von 530 Millionen Bushels auf den Markt zu werfen.** Der australische Delegierte hat nun aufs neue an seine Regierung um Instruktionen gebeten.

Reuter glaubt zu wissen, daß die australische Delegation erwägt, daß der amerikanische Plan zur Herabsetzung der Weizenerzeugung nicht geeignet sei, zur Annahme empfohlen zu werden. Auch sollen Kanada und Argentinien ebenfalls erwägen, daß der Plan in seiner jetzigen Gestalt nicht wirksam genug sei. Die russische Vertretung ist zur Annahme jedweden vermittelnden Vorschlages hinsichtlich der Getreideproduktion bereit und sieht keinerlei Schwierigkeiten bei den Donaustaaten bevor.

Buresch und Schumy in London

Die **österreichischen Minister Buresch** und **Schumy** erklärten bei ihrer Ankunft in London in einem Interview mit einem Vertreter des Reuterbüros, daß sie gekommen seien, um die **Handelsbeziehungen** zwischen England und Oesterreich **zu stärken** und Erkundigungen einzuziehen, ob die **Aussichten für die österreichische Anleihe** gut stünden.

Beitritt Japans zum Zollwaffenstillstand

Der japanische Botschafter in London teilt mit, daß **Japan dem Zollwaffenstillstand unter bestimmten Vorbehalten beitrete.**

Nr. 150 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Donnerstag, den 29. Juni 1933

Aus der Stadt

)!(**Militärkonzert im Schützenhof.** Dem Bürgerschützen-Verein ist es gelungen, die altbekannte Kapelle des Reiter-Regiments Nr. 15 wiederum für ein Militär-Konzert in unserer Stadt zu verpflichten. Wer gute Militärmusik liebt, der wird es sich sicherlich nicht versagen und das heute nachmittag von 4 bis 7 Uhr im Schützenhof stattfindende Konzert besuchen. Um nun auch allen Soester Bürgern den Besuch zu ermöglichen, wurden die Eintrittspreise niedrig gehalten. Die Leitung der Kapelle liegt in den Händen des bewährten Obermusikmeisters H. Gerlach.

)!(**Meisterprüfung.** Frl. Erna Röttger, Welver und Frl. Klara Knappstein, Körbecke, bestanden vor der Handwerkskammer Dortmund die Meisterprüfung im Schneiderinnengewerbe mit „Gut."

)!(**Nicht vergessen!** Die **Anmeldungen** für den **Blumenschmuckwettbewerb** der Stadt Soest müssen bis spätestens 30. Juni beim Verkehrsamt abgegeben werden. Dort sind Vordrucke, die gleich ausgefüllt werden können, vorhanden.

)!(**Für den Verkehr geschlossen.** Am Freitag nachmittag bleiben die beiden hiesigen Sparkassen für den Verkehr geschlossen, worauf wir unter Bezugnahme auf das heutige Inserat noch besonders hinweisen.

Förderung des Berufsreiseverkehrs

In harmonischem Zusammenwirken der Reichsbahn- und Postbehörden, der Stadtverwaltung, der Industrie- und Handelskammern und der Berufsreisenden fand am Sonnabend, den 24. Juni, im Saale der Düsseldorfer Handelskammer die Jahrestagung der **Verkehrskommission des Verbands reisender Kaufleute Deutschlands,** Gau Rheinland-Westfalen (einschließlich Saargebiet und Lippe) statt. Es nahmen teil: die Herren Reichsbahn-Oberräte Dr. Wick und Krüger-Wuppertal, Wahl für die Stadt Düsseldorf, Dr. Schiller, Dr. Weber, Stoppenbrink, Drees, Dr. Heisterbergh, Dr. Schmitz, Dr. Schwoerbel für die Industrie- und Handelskammern Düsseldorf, Bochum, Münster, Essen, Krefeld, Gladbach-Rheydt, Duisburg, Köln und Wuppertal, ferner die Verkehrsobmänner von 25 Sektionen des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands im Gau Rheinland-Westfalen. Nach der Berichterstattung des Vorsitzenden Oskar Hartung, Essen, über die erfolgreiche Tätigkeit der Verkehrs-Kommission wurden eine Reihe Anträge auf Fahrplan- u. Verkehrsverbesserungen beraten und Referate über Netz-, Bezirks- und Monatskarten, über den Luft- und Kraftverkehr entgegengenommen u. Entschließungen an die maßgebenden Stellen angenommen.

Ufa-Doppeltonfilm

Programm der „Lichtburg". Ab heute (Peter und Paul) bis einschl. Montag zeigt man den Filmschlager: **„Das schöne Abenteuer",** so recht nach dem Geschmack des Filmpublikums gemacht. Eine traumhaft schöne Handlung, ein Schuß Humor, dramatische Höhepunkte und schauspielerische Leistungen, die nichts zu wünschen übrig lassen, vereinigen sich zu einem Schlager. Der Film erzählt den Sieg einer herzigen Liebe über das verschrobene Intriguenspiel einer nervösen Beißzange. Käthe v. Nagy und Wolf Albach-Retty sind das Liebespaar. Die Beißzange ist Ida Wüst, die durch den Film wie ein Ungewitter flattert. Otto Walburg spielt den gemachten Bräutigam. Ganz groß ist Adele Sandrock als Großmutter. Unvergleichlich ihr Tonfall, erfrischend ihre lebensnahe Sprache. Aus dem weiteren Kreise dieser Darsteller verdient unbedingt Alfred Abel lobende Erwähnung. Die Regie führt Reinhold Schünzel. — Der 2. Tonfilm ist ein übermütiger Militär- und Marineschwank der Ufa: **„Die Schlacht von Bademünde".** Man weiß wirklich nicht, über wen und was man mehr lachen soll, ob über den Faustkampf der Matrosen und Infanteristen, ob über den Sieger dieser Schlacht, den Gemeindediener Knospe (Max Adalbert), der mit der Feuerwehr herbeigeeilt kommt und die Raufenden mit einem kalten Wasserstrahl auseinandertreibt, über den stets uneinigen Gemeinderat oder über den Verein sitzengebliebener Jungfrauen. Max Adalberts Gemeindediener ist fabelhaft in seinem trockenen Humor, Fritz Schulz und Paul Heidemann geben zwei Infanteristen, die zu allen Streichen zu haben sind. Die **Ufa-Tonwoche** bringt aktuelle Bilder und der Kulturfilm: **„Vorsicht im Straßenverkehr",** dient der Belehrung und Straßendisziplin. —

Reichsbahn-Sonderfahrt an die Ostsee

Die Reichsbahndirektion Kassel hat im Programm ihrer diesjährigen Sonderfahrten u. a. für die Zeit vom 9. bis 20. Juli eine 12tägige Fahrt von Kassel über Nordhausen — Sangerhausen nach Swinemünde vorgesehen. Swinemünde, das herrliche Bad der Ostsee mit dem wohl schönsten und größten Strand ist das Ziel einer Sonderfahrt, die infolge der zeitlichen Lage als **Ferienfahrt an die See** besonderes Interesse erregen wird. Ein ausführliches Programm, das durch Vermittlung jeder Fahrkartenausgabe oder der Reichsbahndirektion Kassel kostenlos bezogen werden kann, gibt Aufschluß über die Preise und die beabsichtigte Durchführung der Fahrt. Da Teilnehmerkarten ohne und mit Verpflegung in 3 Preisgruppen verausgabt werden, wird den verschiedensten Ansprüchen des Publikums weitgehend Rechnung getragen. Der Fahrplan des Sonderzuges wird so gelegt werden, daß auf der Hin- und Rückfahrt Anschluß an die fahrplanmäßigen Züge der Seitenstrecke besteht. Der Verkauf der Teilnehmerkarten hat bereits begonnen und eine rege Nachfrage erkennen lassen. Wir empfehlen daher unseren werten Lesern, dieser zweifellos sehr günstigen Reichsbahn-Sonderfahrt ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Gelegenheit einer preiswerten Ferienfahrt nicht achtlos vorübergehen zu lassen.

Garde-Appell in Beckum

Am Sonntag, den 2. Juli, findet in Beckum ein großer Garde-Appell statt. Der Westdeutsche Rundfunk wird es sich nicht nehmen lassen, sein Mikrophon nach Beckum zu entsenden, um charakteristische Hörbilder dieses Festes zu übermitteln.

Vollversammlung

der Einzelhandelsausschüsse der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen am 21. Juni 1933 in Arnsberg.

Der Präsident der Kammer, Herr Fabrikbesitzer **Hugo Siepmann-Warstein,** eröffnete die nach den Neuwahlen zum ersten Mal zusammengetretene Vollversammlung der Einzelhandelsausschüsse und übermittelte die Grüße des Ehrenpräsidenten, Herrn Fabrikbesitzer Georg Dassel-Attagen. Bei der letzten Sitzung am 21. März 1933 hätten sich für Volk und Wirtschaft so große Aussichten eröffnet, daß man mit Vertrauen der weiteren Zukunft hätte entgegensehen können. Inzwischen seien Ereignisse von großer innerpolitischer Bedeutung vor sich gegangen, deren Grundidee allgemein begrüßt werden könnte. Die Beschäftigung habe in vielen Industriezweigen bereits zugenommen. Er erwarte von der Vollversammlung der Einzelhandelsausschüsse, daß sie nicht nur hinter die Regierung trete, sondern auch stets freudig an allen Aufgaben mitarbeite.

Da Einsprüche gegen die Neuwahlen nicht vorlagen, stellte der Präsident die Neukonstituierung der Einzelhandelsausschüsse fest und betonte, daß das Ehrenamt die Mitglieder auch verpflichte, ihr ganzes Können für den Einzelhandel einzusetzen. Er verpflichtete sodann durch Handschlag die neugewählten Mitglieder einzeln auf ihr Amt.

Die **Neuwahl der Vorsitzenden der acht Einzelhandelsausschüsse** des Kammerbezirks hatte folgendes Ergebnis:

Für den Kreis Arnsberg: Kaufmann Franz Wilh. Bergmann, Neheim.

Für den Kreis Meschede: Kaufmann Josef Küchenhoff sen., Meschede.

Für den Kreis Brilon: Apotheker Hermann Arbeit, Brilon.

Für den Kreis Paderborn: Drogist Karl Schnell, Paderborn.

Für den Kreis Büren: Kaufmann Franz Ocken, Büren.

Für den Kreis Warburg: Kaufmann Heinrich Mecer, Warburg.

Für den Kreis Soest: Kaufmann Wilhelm Kerstin jun., Soest.

Für den Kreis Wittgenstein: Kaufmann Fritz Betz, Feudingen.

Der Präsident der Kammer ernannte darauf den **Vorstand der Vollversammlung der Einzelhandelsausschüsse** wie folgt:

Drogist Karl Schnell-Paderborn, Vorsitzender,
Kaufmann Wilhelm Kerstin jun., Soest, 1. stellv. Vorsitzender,
Kaufmann Heinrich Severin-Hüsten, 2. stellv. Vorsitzender.

Gleichzeitig übergab der Präsident dem neu ernannten Vorsitzenden der Einzelhandelsausschüsse die weitere Verhandlungsleitung.

Herr **Schnell** übernahm den Vorsitz und dankte herzlich für das große Vertrauen, das ihm mit dieser Ernennung übertragen sei. Er würde sich bemühen, in jeder Weise das Vertrauen auch zu rechtfertigen. Der Einzelhandel sei von der großen Umwälzung nicht verschont geblieben, die die Epoche einer neuen Zukunft ankündige. Dem Führer an der Spitze müsse man unbedingt Gefolgschaft leisten, da das Führerprinzip nicht nur den Führer verpflichte, sondern auch die Gefolgschaft. Der Stand des Einzelhandels müsse von Grund auf neu aufgerichtet werden. Es müsse verlangt werden, daß der Einzelhandel seine Schuldigkeit tue, um sich des Führers würdig zu zeigen. Mit der Umstellung auf den Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung müsse auch der königliche Kaufmann wieder entstehen. Das liberalistisch-marxistische Wesen sei restlos aus dem Einzelhandel auszurotten. Es sei auch das Vertrauen der Bevölkerung zum Einzelhandel wieder herzustellen, das in dem Grundsatz wurzele: Gemeinnutz vor Eigennutz. Der weitaus größte Teil der Mitglieder der Einzelhandelsausschüsse habe den königlich kaufmännischen Geist der Hansa nie verleugnet, der als Fanal der Vergangenheit auch für die Zukunft Richtschnur allen Handelns sein müsse. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Präsident der Kammer unterstrich die Gedankengänge und teilte mit, daß auch in der Vollversammlung der Kammer der gleiche Standpunkt vertreten worden sei. Es sei bereits ein Ehrenrat gebildet, der über kaufmännische Sitte und Moral zu wachen habe.

Herr Dr. Rauchenberger berichtete eingehend über die Entwicklung, die der Einzelhandelsausschuß in den früheren Jahren genommen habe und begründete die Notwendigkeit **der Umbildung der Einzelhandelsausschüsse in einen Bezirksverband des Einzelhandels** für das südöstliche Westfalen. Nach eingehender Aussprache, an der sich zahlreiche Herren beteiligten, stimmte die Vollversammlung der Bildung eines Bezirksverbandes für das südöstliche Westfalen grundsätzlich gemäß den Richtlinien des ständischen Aufbaus zu und übertrug die weitere Ausarbeitung der näheren Bestimmungen einer Kommission, die aus den 8 Vorsitzenden der Einzelhandelsausschüsse besteht.

Herr Dr. Hövische erläuterte das **Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai** 1933 und erklärte insbesondere eine Anzahl von Zweifelsfragen, die in der Praxis entstanden waren. Der vorliegende **Gesetzentwurf über die Erhebung einer Sondersteuer zum Schutze des selbständigen Einzelhandels** fand in seinen Grundzügen die Billigung der Vollversammlung. Es wurde jedoch beanstandet, daß der von der Hauptgemeinschaft vorgeschlagene Steuertarif nicht genüge, um einen ausreichenden Schutz des mittelständischen Einzelhandels im Kammerbezirk, insbesondere gegenüber Filialgeschäften, zu gewährleisten. Infolgedessen wurde nach eingehender Aussprache und Beratung des Gesetzentwurfs einstimmig beschlossen, den Spitzenverbänden und den zuständigen Ministerien vorzuschlagen, in Städten unter 50 000 Einwohnern bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialbetrieben die Besteuerung bereits bei einem Umsatz von 100 000,— RM beginnen zu lassen und als Zuschlag zur Umsatzsteuer die Prozentsätze bei der untersten Stufe von ½% auf 2% zu erhöhen. Bei einem Umsatz von 260 bis 500 000,— RM müsse ein Prozentsatz von 3% genommen werden, der sich bei höheren Umsätzen entsprechend erhöhe.

Gleichzeitig wurde noch eine Sondersteuer für Filialbetriebe gefordert. Endlich wurde es als notwendig bezeichnet, den Einzelhandel mit geringeren Umsätzen bei der Umsatzsteuer zu entlasten und zwar bis zu einem Umsatz von 10 000,— RM ½%, bei höheren Umsätzen entsprechende Staffelung.

Die **Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft** wurde von Herrn Dr. Rauschenberger eingehend erläutert. Der Vorsitzende unterstrich die Pflicht des Kaufmanns, sich an dieser Spende zu beteiligen, zumal die alten Parteigenossen in der Vergangenheit erheblich größere Opfer hätten bringen müssen. Man müsse daher ohne Stirnrunzeln dem Vaterland geben, was verlangt würde.

Der Vorsitzende gab sodann eine Erklärung ab, daß Apotheker und Drogisten bis zur endgültigen **Regelung des Arzneimittelgesetzes** von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen müßten, da man das Vertrauen zur Regierung haben dürfe, daß der Arzneimittelhandel im Interesse des Volkes geregelt würde. Weiterhin wurde aus der Versammlung die Anregung gegeben, daß seitens der Lieferanten eine Berechnung für Papierverpackung in Zukunft unterbleibe. Herr Dr. Rauchenberger gab bekannt, daß dem Kammerbezirk ein **zusätzliches Margarinekontingent** zur Versorgung minderbemittelter Bevölkerungskreise zugeteilt worden sei und erhielt die Zustimmung der von ihm geplanten Maßnahmen. Endlich wurde noch die Notwendigkeit betont, daß eine umgehende Anordnung hinsichtlich der Saisonschlußverkäufe notwendig sei, damit die Unruhe im Einzelhandel beseitigt würde. **Gegen die beabsichtigte Verlegung des Landgerichts Arnsberg wurde einmütig Protest eingelegt.**

Als Ort der nächsten Sitzung wurde die Möhnetalsperre bestimmt.

Aus Werl und Umgegend

)!(**Die Hauptpolizeiwachtmeister des Amtes Werl Goebel und Hoffmann im Ruhestand.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Nachdem Herr Goebel bereits am 1. April ds. Js. wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist, folgt ihm Herr Hoffmann am 1. Juli aus Gesundheitsrücksichten nach. Herr Goebel trat am 1. 10. 1903, Herr Hoffmann am 1. 1. 1902 in den Dienst des Amtes Werl. Die langen Jahre hindurch, also fast ein Menschenalter, haben beide Beamte in Treue und Gewissenhaftigkeit ihres oft nicht leichten Amtes gewaltet. Möge ihnen ein recht langer Lebensabend der wohlverdiente Lohn für langjährige, treueste Pflichterfüllung sein.

Waltringen, 28. Juni. Auf dem diesjährigen Schützenfest konnte Herr Dümmelmann jun. die Königswürde erringen, welcher sich Fräulein Luig zur Mitregentin erkor.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Ostönnen, 27. Juni. Am vergangenen Sonntag fand ein Jugendgottesdienst statt, zu dem sich die Jugend des Dorfes zahlreich eingefunden hatte. Vollzählig war auch die hiesige SA erschienen. Herr Pfarrer Clemen predigte über das Wort des Apostels Paulus an die Kolosser: Bleibet im Glauben fest. Er begrüßte die Jugend und die Erwachsenen als die Erzieher und Hüter derselben; er zeigte wie groß, stark und treu das Herz mit dem Heimatboden verwurzelt würde, wenn festgehalten würde an der Befolgung der Mahnungen: Haltet fest am guten Alten und vertraut auf Gott! — **Werbeturnen.** Nach dem unaufhörlichen Regen am Samstag begrüßte es der Turnverein, daß der Wettergott am Sonntag ein Einsehen hatte, damit die vorgesehene Werbearbeit beendet werden konnte. Mit der SA an der Spitze zogen die Turner und die Turnjugend unter Vorantritt des Trommlerkorps der freiwilligen Feuerwehr durch die Straßen des Dorfes zum Sportplatz. Zunächst wurde ein Handballspiel der Jugend gegen alte Herren mit dem Ergebnis 6:4 gespielt. Dann folgten Geräteübungen am Barren und Kasten. Verschiedene Stafettenläufe beendeten die Vorführungen. — **Sonnenwendfeier.** Montag abend versammelten sich die Jugendvereinigungen des Dorfes mit der SA um das Sonnenwendfeuer im Topp'schen Steinbruch. Fast das ganze Dorf war auf den Beinen und hatte von oben eine gute Aussicht auf die ganze Veranstaltung. Nach einem Vorspruch hielt Herr Lehrer Timmermann die Feuerrede u. würdigte das Sonnenwendfest als altgermanisches Volksfest. Für uns soll diese Weihestunde am Sonnenwendfeuer ein Fest der Volksgemeinschaft sein und vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl wecken. Nun wurde das Feuer angezündet und bald schossen mächtige Flammen in die dämmerige Sommernacht. Im bunten Wechsel folgten nun Feuersprüche, Reigen, Volkstänze und Gesänge. Zum Schluß brachte der Führer der SA, Pg. Franz, ein dreifaches Sieg Heil aus auf unsern Reichspräsidenten und unsern Volkskanzler. Begeistert sangen Jugend und Zuschauer das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied.

Ostönnen, 29. Juni. **Geburtstag!** Heute ist es der Witwe Marie Sträter, geb. Deimann vergönnt, im Kreise ihrer Angehörigen, die von fern und nah herbeigekommen sind, ihren 83. Geburtstag zu feiern. Wir gratulieren. — Ferner feierten im Juni folgende von unsern Alten ihren Geburtstag: Heinr. Wegge, Landwirt, geb. am 3. 6. 1860; Heinrich Kaiser, Landwirt, geb. am 13. 6. 1859; Diederich Friesing, Landwirt, 13. 6. 1866; Georg Sillis, Wiesenbauer, geb. am 21. 6. 1850.

Büecke, 28. Juni. Beim Schützenfest, das des Regens wegen in die Körbecker Schützenhalle verlegt werden mußte, tat Herr Anton Jungemann den Königsschuß, Mitregentin wurde Fräulein Barnhusen.

Strandbad Delecke

Wahl der Strandbadkönigin 1933!

Am kommenden Sonntag, den 2. Juli, eröffnet der Verkehrsverein Möhnesee die diesjährige Reihe seiner gesellschaftlichen und sport-

Dachpappe, Carbolineum, Teere
Paul Piel, Soest W.,
Telefon 165 Grandweg 67
Sämtliche technischen Öle und Fette.

lichen Veranstaltungen mit einer Strandbad-Modenschau, verbunden mit der Wahl der Strandkönigin und einem Strandkonzert im Strandbad Delecke. Wie im Vorjahr soll hier ein Ueberblick über die deutsche Strandmode 1933 gegeben werden, um der ständig wachsenden Schar der Strandbadbesucher die Wohl beim Einkauf ihrer Badekleidung zu erleichtern. Entzückende Vorführdamen zeigen die neuesten Erzeugnisse in Strand- und Badeanzügen und zur Abrundung des Ueberblicks Hochsommermoden. Im Anschluß an die Modenschau findet ein Strandmoden-Wettbewerb mit der Wahl der Strandkönigin 1933 statt. Die schönsten und originellsten von den Strandbadebesucherinnen getragenen Strand- und Badeanzüge werden prämiiert. Viele wertvolle Preise stehen für die ersten Preisträgerinnen bereit. Die Siegerin des Wettbewerbs ist gleichzeitig Strandkönigin 1933 und erhält außer dem 1. Preis als Prämie ein Gratis-Wochenend am Möhnesee. Jede Strandbadbesucherin kann sich am Wettbewerb beteiligen und alle Badegäste stimmen mittels Stammzettels ab. Geleitet wird die Veranstaltung durch den vom Westdeutschen Rundfunk bekannten Vortragskünstler Hanns Broich. Zur Unterhaltung der kleinen Strandbadbesucher findet gleichzeitig ein fröhliches Kinderfest mit Reigen und Spielen und allerlei Kinderbelustigungen statt, gleichfalls geleitet von Hanns Broich. Ab 2 Uhr spielt die Strandkapelle flotte Märsche und Tänze. Wenn es der Wettergott gut meint, wird der kommende Sonntag im Delecker Strandbad ein prächtiger Auftakt zu den später folgenden Veranstaltungen, dem Schwimmen „Quer" und „Lang durch den Möhnesee" werden.

Kurzschrift-Ecke.

Bearbeitet von Wilh. Trockel, Vorsitzender des Kurzschriftvereins Soest.

Die Einheitskurzschrift im Zeichen der nationalen Erhebung.

Im März ds. Jhs richtete der Deutsche Stenographenbund eine Kundgebung an die Reichsregierung, die in der letzten Kurzschriftecke als Uebertragungsaufgabe gebracht wurde und die unten in kurzschriftlichem Text erscheint. Der Reichsminister des Innern hat dem Deutschen Stenographenbunde den Empfang dieser Kundgebung mit Dank bestätigt. Inzwischen hat die NSDAP. eine Denkschrift herausgegeben, die für alle Regierungen und die Gauleitungen der Partei bestimmt ist, aus der hervorgeht, daß die NSDAP. sich entschlossen hat, der teilweise noch vorhandenen stenographischen Zersplitterung mit einem Schlage ein Ende zu bereiten. Seit der Einführung der Einheitskurzschrift vor 8 Jahren hat kein Ereignis die deutsche Stenographenwelt so freudig bewegt, wie dieser Entschluß. Die ganze schreibende Welt schuldet der Partei Dank dafür, daß sie bei all den großen Aufgaben der Gegenwart auch der deutschen Kurzschrift ihr Augenmerk zuwendet. Nun ist die Zeit nicht mehr fern, wo allüberall in deutschen Landen die Einheitskurzschrift den Platz errungen haben wird, der ihr gebührt.

Nach der Denkschrift soll nunmehr die Einheitskurzschrift pflichtmäßiger, den übrigen Unterrichtsfächern vollständig gleichberechtigter Lehrgegenstand an allen höheren Schulen werden. Bei den Behörden sollen alle Beamte ohne Unterschied des Alters und der Stellung, die Einheitskurzschrift kennen und verwenden. Es wird in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß die Schüler eine höhere Lehranstalt verlassen, ohne kurzschriftkundig zu sein; und bei den Behörden wird endlich von der Kurzschrift der Gebrauch gemacht werden, den wir seit langem erstreben und der zur Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges dringend notwendig ist.

Auch der Stenographenvereine und ihrer Tätigkeit wird in der Denkschrift anerkennend gedacht. Ihre Aufgaben werden in Zukunft nicht kleiner werden. Es gilt jetzt für sie, nach dem Beispiel aller anderen Gemeinschaften jede Zersplitterung und Eigenbrötelei beiseite zu lassen und sich geschlossen hinter die nationale Regierung zu stellen, die nunmehr die Lücken schließen wird, die die früheren Regierungen in der Durchführung der Einheitskurzschrift noch gelassen haben.

★

Nachstehend die Uebertragung der in der letzten Kurzschriftecke gebrachten Aufgabe: Die Kundgebung des Deutsch. Stenographenbundes an die Reichsregierung.



Wetter-Vorhersage

Vorhersage für Donnerstag: Nur wenig Veränderung. Bei strichweiser, etwas längerer Aufheiterung leichte Erwärmung.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Zeitweise aufgeheitert, aber noch kein Uebergang zu sommerlichem Schönwetter.

Steuergutscheine

1. 4. 34	97,12
1. 4. 35	91,12
1. 4. 36	84,87
1. 4. 37	80,12
1. 4. 38	77,12

Der Kurs wird von der Reichsbank auf Grund der Kurse der Gruppe 2 als Durchschnittskurs berechnet.

Turnen, Sport, Spiel

Leichtathletik.

Glänzendes Meldeergebnis zu den Westfalen-Meisterschaften 1933 am 2. 7. in Soest.

Am Start: Weltrekordmann und mehrfacher deutscher Meister Hoffmeister, Münster, dreifacher westd. Meister Melm, Unna u. a.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dieser Großveranstaltung. Rund 150 Leichtathleten haben ihre Meldungen abgegeben. An Vereinen des Westfalenbezirkes nehmen teil: SS Bielefeld, BfB. Detmold, FC. Gronau, SS Güterstoh, HSV. Hamm, Polizei Hamm, Preußen Hochlarmark, SC Horn (Lippe), MSPV Hindenburg-Minden, Münster 08, Preußen Münster, BfL. Münster, SpV. Neuhaus, Preußen-Paderborn, Viktoria Recklinghausen, Borussia Rheine, Unna 07 und LfR. Soest. Die vorjährigen Meisterschaften verteidigen: über 100 m Rueren (SS Bielefeld), über 400 m Goldhausen, Recklinghausen. Letzterer konnte am vergangenen Sonntag beim Nationalen in Münster den bekannten Läufer Dr. Peltzer über 400 m schlagen. Ferner über 800 m Gausepohl (Münster), (als 21jähriger belegte er bei den vorjährigen deutschen Meisterschaften den 6. Platz mit 1,56,3 Min.), 1500 m Göttmann, H. S. V., 5000 m Kelm-Unna 07, Hoch- und Stabhochsprung Stechemesser-Münster (Westdeutscher Meister im Hochsprung 1924, 1930 und 1932, Zehnkampfmeister 1932. — Ferner verteidigt Hoffmeister-Münster seinen Meistertitel im Diskuswerfen, er nennt sich Deutscher Meister 1930-31, Westd. Meister 1924, 28, 29, 31 und 32, Weltrekordmann 1928 mit 48,77 m bei den Olympischen Spielen in Amsterdam. Genaue Vorschau folgt in der morgigen Ausgabe.

Parole am 2. 7. 1933:

Auf zu den leichtathletischen Westfalen-Meisterschaften 1933 in Soest! Westfalens Elite ist am Start!

Eingesandt

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Im Soester Anzeiger vom 28. Juni fand ich folgenden Schlußsatz über die Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront auf dem Schützenhof:

„Auf dem Heimweg konnten die zurückströmenden Massen die soeben übermittelte Nachricht von dem Rücktrittsgesuch des Reichswirtschaftsministers Dr. Hugenberg u. von der Selbstauflösung der deutschnationalen Front **an unserer Geschäftsstelle** lesen und erneut einen Beweis dafür mit nach Hause nehmen, wie unaufhaltsam und siegreich die nationalsozialistische Revolution auch die letzten Stellungen erobert."

Daß ich diese Jubelhymne ausgerechnet an dieser Stelle finden mußte, hat mich nachdenklich gemacht. Dabei fiel mir ein, daß man noch vor Wochen sich von eben dieser deutschnationalen Front in einen städtischen Ausschuß wählen ließ und noch in diesem amtiert.

Was soll man dazu sagen?

Ein früherer Deutschnationaler.

Bücherschau

Arbeit und Waffe als Grundlage der Nation

Von Generalleutnant a. D. Horst von Metzsch. erschien soeben im Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., innerhalb der bekannten Stalling-Bücherei „Schriften an die Nation". Bd. 25, Preis geb. Rm. 1,—.

Von hoher Warte und aus tiefem geschichtlichem Denken entwickelt Metzsch in geschliffenen Formulierungen an der Hand großzügiger historischer Vergleiche den Grundsatz, daß nur kämpferische, bewaffnete Arbeit ihren ideellen und materiellen Lohn zugunsten des Volkstums finden kann. An unkämpferischen Epochen und Episoden, Kulturen und Religionen, Staaten u. Völkern wird erläutert, daß alles Unkämpferische stets scheitern muß. China und Indien, Judentum und Christentum, Weltwirtschaft und Weltbürgertum, die bismarcksche, wilhelminische und weimarische Zeit werden mit Scharfblick unter diesem Gesichtspunkt betrachtet. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß Arbeit und Waffe auch das Ziel der deutschen nationalen Revolution sein müssen, weil nur beide in ihrem Gleichklang in staatsmännischer und volksverbindender Ergänzung die Grundlage zu schaffen vermögen, deren die deutsche Nation zu ihrer Selbstbehauptung und zur Gestaltung ihrer Zukunft bedarf. Die sinnvolle Verbindung von höchster Aktualität und Universalität, zusammengefaßt in einer kurzen und packenden Darstellung, macht dieses Buch zu einem Meisterstück der Darstellung und zu einem ersten Versuch, den tiefen Sinn der nationalen Revolution wesenhaft zu durchdringen und zu gestalten.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

MAGGI's Suppen Qualitätsware
wohlschmeckend · ausgiebig · billig · Mehr als 30 Sorten

Der Talisman der Rambergs.

23 Roman von Dorothea Goebeler

Glück! Glück! Glück! sangen die Räder wieder — aber irgendwo dahinter stieg doch etwas hervor, dunkel und unheildrohend, und langte mit unsichtbarer Hand gespenstisch durch die Nacht. Wollte etwas kommen? Er schauerte zusammen.

Ein paar Tage später las er in seiner Zeitung, daß eine neue Filmgröße, Ella Feney, nach Norwegen abgereist sei, um dort für die nächsten Wochen Aufnahmen zu machen. Und nun erst war es ihm, als sänke die letzte Last von seinen Schultern. Nach Norwegen und später nach Berlin und dann nach Hollywood, und damit ganz fort aus dem alten Bereich. Was konnte nun noch kommen?

Es kam auch nichts. Im ruhigen Gleichmaß flossen die Tage. Es lief alles so hin, wie man es besprochen und geplant. Drei Wochen noch an der See für Kläre und Frau Gesine, einmal war Wolf noch über Sonntag hinausgefahren, und sie hatten zu zweien und mit den anderen fröhlich-glückliche Stunden verlebt. Die Verlobungsanzeigen wurden ausgeschickt und hatten Berge von Glückwünschen gebracht. Was den Rambergs von der Ruhr nahegestanden, sah sich veranlaßt, zu gratulieren; und wieviel Freunde die von der Weser noch immer hatten, trotzdem sich in den letzten schweren Jahren eigentlich niemand so recht um sie gekümmert hatte, sahen sie jetzt erst.

Oder — wie Wolf zu sich selber spöttisch sagte: Jetzt erst wieder. Die reiche Frau zog schon immer voraus. Das Geld, das wieder heimkam in das alte Haus, barg allerlei Verheißungen für ein großes Leben und üppige Feste. Man hoffte wohl, daß die Zeiten der schönen Denise zurückkämen.

In den Briefen, die aus Hannover kamen aus dem Kreise der „Klique", der er entwachsen, fanden sich Andeutungen solcher Art. Er lächelte spöttisch und warf die Blätter in den Papierkorb. Eine gedruckte Danksagung später oder auch gar keine, das würde Antwort genug sein.

Nur Kurt Bessel schrieb warm und herzlich:

„Daß alles so gekommen ist! Ich drücke dir die Hand. Und dann: Ich habe noch viel an den Tag bei dir gedacht, und das Leben, das du begonnen, ist vielleicht doch das Bessere so. Ich gehe in acht Tagen zu meinem Onkel nach Mecklenburg und werde Verwalter auf seinem Gut. Kannst es ihr gelegentlich stillschweigend mit einem Händedruck danken. Sie hat auch mich gewandelt, deine Klara."

Sie wandelt alles! dachte der Mann, und ein warmes, glückfrohes Leuchten kam in seine Augen. Die Hüterin des Talismans, die Hüterin alles dessen, was gut und rein, und edel ist und ein Haus zusammenhält. Nun nur noch Wochen, und sie würde durch das alte Haus als Herrin gehen.

Es kamen Verhandlungen mit Kläre's Rechtsanwalt und Vermögensverwalter. Er mußte mehrmals nach Essen, um Einblick in die Geschäfte zu nehmen, die nun bald auch die seinen werden sollten. Und er schloß mitunter die Augen, wie im Schwindel, wenn er sah, was für Summen durch seine Hände gehen würden.

Die große Summe für Bärenstein wanderte nach Hannover. Als er den Schuldschein in seinen Händen hielt und zerreißen konnte, fiel die allerletzte Last von seinem Herzen. Zerriß nicht auch das ganze alte verlorene Leben so?

Die Villa in Essen war verkauft worden und der Rembrandt und alles andere wertvolles Gerät in das Haus an der hohen Halde gewandert. Kläre war mit Frau Gesa und Frau Marlene noch für ein paar Tage mit heimgefahren, um letzte Anordnungen zu treffen. Der Rembrandt kam wirklich in Wolf's Arbeitszimmer, die Wandschränke im Speisezimmer füllten sich mit Silber und köstlichem Kristall, in der Bibliothek, die jetzt mit dem großen Fenster alles spukhafte Finstere verloren hatte, breiteten sich alte Teppiche aus. —

„So schön war es hier noch niemals." Er stand an ihrer Seite und hielt ihre Hand; immer hielt er ihre Hand, als könnte sie ihm doch noch entrissen werden. „Kläre, du wandelst mein Leben um und füllst es mit Prunk und Pracht, ist es denn nicht schon genug, daß ich dich selber habe?"

Sie lachte und sagte: „Hast es ja lange genug schlecht gehabt. Und nun zeige mir die Stelle, die unseren Talisman gehütet hat!" — — Aber sie war nicht mehr da, das neue breite Fenster hatte sie fortgenommen. „Laß dir genügen, daß die Kette selber wieder da ist und sich schließt."

„Hat sie sich geschlossen, Wolf? Hat sie es schon?" Heller Jubel klang auf in ihrer Stimme. „Wolf, wo ist sie, laß sie mich sehen."

Aber er schüttelte den Kopf und sagte ernst und beinahe feierlich: „Nicht heute, Kläre. Erst — erst — an unserem Hochzeitstag."

Der stand nun vor der Tür, und Kläre war in Kassel bei Marlene, Erwartung! Man saß in großen Kaufhäusern und Modeateliers, wühlte in Seide und Spitzen und kaufte und probierte.

Denn es mußte nun doch eine große Hochzeit werden, größer jedenfalls, als man ursprünglich gewollt und geplant. Es waren der Gäste zu viele, die aus verschiedenen Rücksichten geladen werden mußten, auch im Haus an der hohen Halde gab es alle Hände voll zu tun.

Es war beschlossen worden, daß Frau Gesine mit Marlene Sinsheimer noch am Abend des Hochzeitstages für die Wintermonate nach dem Süden gehen sollte, um sich dort zu erholen von allen Sorgen und Strapazen der letzten Jahre.

„Mich — mich schickt ihr auf die Hochzeitsreise", hatte sie gesagt — „umgekehrte Welt, ihr müßt doch fahren."

Aber Kläre und Wolf hatten lachend abgewehrt. Nein, sie wollten daheim bleiben, sich einspinnen lassen von Einsamkeit und Winterschnee und auskosten, auskosten bis zum letzten, was es heißt, zu zweien zu Hause zu sein.

„Wie Wolf sich geändert hat", schrieb Frau Gesine in diesen Tagen nach dem fernen Osten an den anderen Sohn. — „Weißt du noch, wie wir im Mai auf dem Balkon saßen und wie es in ihm gärte? Wie er fort wollte, womöglich das ganze alte Haus verkaufen und hinausgehen in die Fremde? Ach, Hans-Joachim, wieviel Glück hat Kläre uns gebracht, wieviel Glück wird sie selbst bei uns finden! Denn er liebt sie, man spürt es in jedem Augenblick. Er fühlt, daß sie sein guter Geist geworden. Denkt an uns am zwanzigsten September, wenn dieser Brief dann schon bei euch ist."

Und er rückte heran, dieser zwanzigste September, mit all seiner golden leuchtenden Herbstpracht; nur noch zwei Tage lagen vor ihm und alle Vorbereitungen waren fertig. Selbst die Koffer für die große Südlandreise waren gepackt und zur Bahn befördert. —

„Jetzt können wir uns ausruhen, Marlene", lachte Kläre und setzte sich zu der Freundin in den Erker. „Laß Tee kommen und gib mir die Zeitungen her, ich habe in den letzten Tagen kaum noch hineingeschaut."

„Es tut not, daß es geschieht --" Frau Marlene lachte — „es steht nämlich allerhand drin, was dich interessieren wird." Sie reichte ihr den Hannoverschen Kurier über den Tisch und zeigte auf einen angestrichenen Artikel: „Da, schau! Hochzeit auf Ramberg! Ja, ihr bedeutet etwas, ihr zwei. Die romantische Geschichte von der alten Kette hat sich der Herr Reporter natürlich auch nicht entgehen lassen —."

„Ach, ich wollte, sie ließen das!" — Kläre wehrte ab. — „Was in aller Welt gehen fremde Menschen unsere intimsten Angelegenheiten an." — — Sie nahm das Blatt aber doch, überflog es flüchtig und wollte es zurücklegen, las dann aber doch weiter und merkte plötzlich auf. Was stand da noch unter der langen Geschichte von der Hochzeit auf Ramberg? Ein Name sprang ihr in die Augen. Unter: Theater und Film! las sie ihn: Ellina Feney — sehr groß gedruckt — und weiter: Ellina Feney, die, wie wir schon berichteten, in dem großen Nordlandfilm eine Hauptrolle spielt, ist aus Oslo zurückgekommen und weilt zur Zeit in Hannover, bevor sie nach Berlin zurückkehrt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland

Die Abgrenzung der westdeutschen Wirtschaftsgebiete

Das „Wirtschaftsgebiet Westfalen"

Gegen eine „Wirtschaftsprovinz Ruhrgebiet" — Keine Eingemeindungsfehler wiederholen — Das Handwerk begrüßt das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit!

In der Durchführungsverordnung zu dem Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 13. Juni 1933 hat der Reichsarbeitsminister die Wirtschaftsgebiete, deren Bezirke in den Aufgabenbereich der eingesetzten „Treuhänder der Arbeit" fallen, näher umgrenzt. Das „Wirtschaftsgebiet Westfalen" umfaßt die Provinz Westfalen, den Regierungsbezirk Düsseldorf, die Kreise Altenkirchen und Dillenburg, die Freistaaten Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe. Die Befürchtungen, schreibt die „Westdeutsche Handwerks- und Gewerbe-Zeitung", das Organ der westfälischen Handwerkskammern, die hier und da im Mittelstand wegen einer einseitigen Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete und damit insbesondere gegen die Bildung einer eigenen Wirtschaftsprovinz „Ruhrgebiet" bestanden haben, sind jetzt durch die Bildung des Wirtschaftsgebietes „Westfalen" im Gesetz über die Treuhänder der Arbeit zerstreut worden. Schon bei der Bildung der Landesarbeitsamtsbezirke im Jahre 1927 machten sich Strömungen bemerkbar, welche das rheinisch-westfälische Industriegebiet, also den Raum zwischen Düsseldorf und Dortmund bezw. Hamm, zu einem eigenen Landesarbeitsamt zusammenfassen wollten. Die Bedenken, die gegen eine etwaige Wirtschaftsprovinz „Ruhrgebiet" bestehen, sind diejenigen, welche damals u. a. vom westfälischen Handwerk und wohl allen westdeutschen Mittelstandsorganisationen gegen die Bildung eines eigenen Landesarbeitsamtes „Ruhrgebiet" geltend gemacht wurden.

Grundsatz bei der Neubildung der Wirtschaftsprovinzen muß sein, daß sie in sich möglichst ausgeglichen sind. Der Bezirk dieser Wirtschaftsprovinz muß so abgegrenzt sein, daß in ihr nicht ein einzelner Wirtschaftszweig eine alles beherrschende Stellung innehat, daß vielmehr ein harmonisches Verhältnis zwischen den einzelnen Berufsständen und Produktionszweigen von vornherein gewährleistet ist. Es war der schlimmste und in seinen Auswirkungen noch nicht übersehbare Fehler bei der Eingemeindungspolitik der letzten Jahre, daß man vornehmlich mit Rücksicht auf die im Ruhrgebiet vorherrschende Konzernindustrie und deren gemeindliche Lagerung Mammutgroßstädte und kommunale Verhältnisse schuf, die über kurz oder lang eine Korrektur erfahren müssen. Denselben, ja einen noch schlimmeren Fehler würde man begehen, wenn man jetzt im Zeichen des berufsständischen Aufbaues eine Wirtschaftsprovinz schaffen würde, die ihren Stempel in besonderem Maße vom Bergbau und der Schwerindustrie erhielte. Daß also eine Wirtschaftsprovinz „Ruhrgebiet" für das Handwerk, den gesamten Mittelstand und auch die Landwirtschaft des Ruhrgebiets nicht wünschenswert und zweckmäßig erscheinen kann, liegt auf der Hand. Wirtschaftliche Einheitlichkeit eines Bezirks darf eben in keinem Fall gleich gesetzt werden mit Einseitigkeit! Und ungewöhnlich einseitig wäre eine Wirtschaftsprovinz „Ruhrgebiet" in jeder Beziehung!

Im besonderen Maße bedürfen die neu zu schaffenden Wirtschaftsprovinzen einer inneren Ausgeglichenheit aus arbeitsmarktpolitischen und sozialen Gründen. Eine Wirtschaftsprovinz „Ruhrgebiet" würde ein unruhiges Arbeitsmarktgebiet sein, da ihm das notwendige ausgleichende agrarische Hinterland des übrigen Teiles der Provinz Westfalen mit seiner Textilindustrie und weiterverarbeitenden Industrie fehlen würde. Zweck der berufsständischen Selbstverwaltung ist gerade, unorganische Erschütterungen des Arbeitsmarktes durch sich gegenseitig ergänzende Gemeinschaftsarbeit aller Wirtschaftszweige zu vermeiden. Darüber hinaus ist Westfalen einschließlich des gesamten Ruhrgebietes auch volklich eine Einheit, bildet auch kulturell eine Einheit besonderer Prägung einer betont westfälischen Stammesart.

Noch ein anderer wichtiger Grund spricht für die Abgrenzung der Wirtschaftsprovinz Westfalen, wie sie jetzt im Gesetz über die Treuhänder der Arbeit vorgenommen worden ist. In seinem Buch „Die Grundlagen der kommunalen Verfassung" hat Regierungspräsident Dr. E. Nicolai, Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des Pr. Landtages, über die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Siedlungsfrage ausgeführt: „Das, was in irgendeinem Lande geschieht, ist notwendig auch Sache des Landes, soll die gesamte Verwaltungsarbeit nicht auseinandergerissen werden und keine Unübersichtlichkeit und Verdoppelung der Arbeit eintreten. Vor allem denke ich an die Frage der Aussiedlung aus den Großstädten, der Anlage größerer Siedlungsgebiete in den volksarmen Landstrichen, den vielfach notwendigen Umbau bestehender Siedlungen usw."

Ausgesiedelt werden muß aus dem Ruhrgebiet, dafür kann eingesiedelt werden in das nördliche und östliche Westfalen mit seinen angrenzenden Gebieten. Alles in allem nochmals: Das Handwerk begrüßt die Art, wie jetzt das Wirtschaftsgebiet Westfalen in dem Gesetz über die Treuhänder der Arbeit abgegrenzt ist.

Vor der Indienststellung eines

Fernschnellwagens Köln — Berlin?

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages eine Notwendigkeit

In der Industrie- und Handelskammer Essen fand die diesjährige Sommerfahrplanbesprechung des Verkehrsverbandes „Industriegebiet" statt. Dabei wurde betont, daß alle Anträge des Verkehrsverbandes „Industriebezirk" die Zustimmung des Fahrplanausschusses beim Deutschen Industrie- und Handelstag gefunden hätten. Wesentliche Voraussetzung sei hierfür die ausdrücklich betonte geschlossene Stellungnahme des gesamten Westens gewesen. Weiter wurde erklärt, daß bei Indienststellung weiterer Fernschnellwagen nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages die Wünsche des Rhein-Ruhrgebiets auf Zuteilung eines Fernschnellwagens für den Verkehr Köln—Berlin in erster Linie Erfüllung finden würden. (Auch noch nach dem Bau der Autostrecke Köln—Berlin?)

Kriegsopfertag Köln-Dortmund

Die Nationalsozialistische Deutsche Kriegsopferversorgung schreibt:

Die Landesinspektion Köln der NSDKOV veranstaltet am Sonntag, 30. Juli, zwei Riesenkundgebungen für die Kriegsopfer für ganz Westdeutschland.

Es sprechen in Dortmund in der Westfallenhalle, 11 Uhr, der Reichsleiter der NSDKOV, Oberlindober (MdR), der Reichsstatthalter von Lippe-Detmold u. Schaumburg-Lippe, Dr. Meier (Gauleiter Gau Westfalen-Nord) und der Landeshauptmann von Westfalen.

In Köln sprechen um 16 Uhr in der Rheinlandhalle der Reichsleiter der NSDKOV, Oberlindober, der Landeshauptmann für Rheinland, Haake, und Gauleiter Grohe, Gau Köln-Aachen.

In Sonderzügen der Reichsbahn und Autos werden die kriegsbeschädigten Kameraden aus allen Teilen der Provinzen Rheinland, Westfalen und dem Freistaat Lippe zu den Kundgebungsorten transportiert. Zum ersten Male geeint, treffen sich alle Kriegsopfer der Westmark. In ihrer Ehre wiederhergestellt, ihre Leistungen und Opfer für die Heimat durch Volk und Staat anerkannt, sind die deutschen Kriegsopfer mit dem jungen Führer Deutschlands, Adolf Hitler, in unverbrüchlicher Treue verbunden; sie erkennen nur den Führer an, nur den Erwecker Deutschlands, den wahren Kämpfer der Wiederherstellung von Ehre und Recht. Diese Kameradenkundgebungen werden ein Markstein in der Geschichte der deutschen Kriegsopfer sein und bleiben. Es gilt, den Dank abzustatten an den Erneuerer deutscher Ehre und den Gründer des Dritten Reiches. Die Soldaten der alten Armee, auf denen Adolf Hitler sein Drittes Reich aufbaut, wollen am 30. Juli 1933 einen Soldatenschwur ablegen.

20 Jahre vor Columbus wurde ...

Amerika von Westfalen entdeckt

Ernsthafte Forschungsergebnisse — Der Kampf der „Geburtsstädte" kann beginnen

Der Westdeutsche Rundfunk hat vor einigen Tagen im Rahmen der Sendung „Aus dem Geistesleben" folgendes Forschungsergebnis bekanntgegeben:

„Zwanzig Jahre vor Columbus haben nach den Ergebnissen unserer Geschichtsforschung zwei aus Westfalen stammende Seefahrer das amerikanische Festland erreicht. Sie waren beteiligt an einer Expedition, die die nordwestliche Durchfahrt, also den Seeweg nach Indien auf nordwestlichem Kurs erzwingen sollte. Die beiden deutschen Seefahrer hießen Pining und Pockhorst. Sie wurden von dem Könige von Dänemark im Jahre 1472 an der Spitze eines Geschwaders in die arktischen Gewässer entsandt, um einen kürzeren Seeweg nach Indien aufzufinden. Sie kamen bis nach Labrador und Neufundland. Von englischen Geschichtsschreibern wurden die beiden kühnen Westfalen später fälschlich als Seeräuber gekennzeichnet. Durch die Erforschung isländischer Urkunden ist die Unrichtigkeit dieser Behauptung erwiesen worden."

Die Geschichtsforscher „entdecken" heute mehr als früher entdeckt worden ist, doch wäre sehr zu wünschen, wenn über diese beiden wagemutigen Seefahrer aus Westfalen der westfälischen Bevölkerung nähere Einzelheiten mitgeteilt werden könnten, vor allem auch über ihre Heimatorte und ihr späteres Schicksal.

*

Die Meldung ist also keine „Ente", oder eine „Gurke", oder sonstwie das Produkt eines witzigen Geistes, sondern eine durchaus natürliche Ausgrabung auf Grund eingehender Forschungsarbeit. Daraus ergibt sich, daß der alte Columbus geschlagen ist, daß die Schulbücher geändert werden müssen und daß ... vor allen Dingen der Kampf zwischen den westfälischen Städten beginnen kann, um die Ehre, Heimatstädte solch tüchtiger Söhne zu sein.

Die Bäcker wünschen:

Herabsetzung der Brotpreise

Anträge der rheinischen Bäcker auf Verbilligung der Rohstoffe und Lastenausgleich

Koblenz. Der Bäckerinnungsverband Rheinland hielt in den Tagen vom 26. bis 27. Juni seinen 49. Verbandstag in Koblenz ab. Die Beteiligung war äußerst stark. Der Tagung voraus ging das 10. Bundessingen des Sängerbundes der rheinischen Bäckermeister; ein großer Festzug bewegte sich durch die reichgeschmückten Straßen. Eine Kundgebung vor dem Koblenzer Schloß stellte die Bedeutung des Bäckerhandwerks eindeutig heraus.

Die Hauptverhandlungen am Montag standen im Zeichen des berufsständischen Aufbaues, der schon in der nächsten Woche Wirklichkeit werden soll. Darauf waren die Verhandlungen abgestellt. So wurde z. B. die Umorganisation eingeleitet und dem Führerprinzip Rechnung getragen. Zum Vorsitzenden des 10000 Mitglieder umfassenden Bäckerinnungsverbandes Rheinland wurde einstimmig der bisherige kommissarische Vorsitzende, Bäckermeister Richard Lubig (Bonn), der bisherige Führer der rheinischen Meistersöhne-Bewegung, gewählt. Weiter wurden zu Vorstandsmitgliedern die Obermeister Zantis (Jülich), Koll (Köln), Kistemann (Aachen), Rahmann (Barmen), Bongartz (Krefeld), Arenz (Rübenach), Ibal (Koblenz), Walgenbach (Trier) und Rippinger (Trier) ernannt. — Die sozialen Einrichtungen des Verbandes, Sterbekasse und Glasschädenschutz, wurden auf eine neue Grundlage gestellt, um ihren Bestand für alle Zukunft zu gewährleisten. Als Ort des nächstjährigen Verbandstages wurde einstimmig Elberfeld bestimmt.

In einer Reihe von Anträgen kamen die Wünsche der Mitglieder zum Ausdruck. Sie betreffen u. a. die Arbeitszeit im Bäckerhandwerk, den Verkaufsbeginn, die Belieferung der Arbeitsläger mit Brot, den Verkauf von Brot an Nichtfachgeschäfte und die Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz. Mit Besorgnis verfolgt man das Ansteigen der Rohstoffpreise; dadurch sieht sich das Bäckerhandwerk in seinen Bemühungen um die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Backwaren ernstlich bedroht. Vor allem bereiten die Vorgänge auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung Besorgnis, weil sie nicht die schon längst nötigen Erleichterungen für die mittelständischen Betriebe, sondern eine Verschiebung der Konkurrenzbedingungen zu ihren Ungunsten bedeuten. Das mittelständische Bäckerhandwerk sehe sich nicht in der Lage, irgendwelche Belastungen zu tragen. Es wurde daher dem Wunsche Ausdruck gegeben, im Interesse der gesamten Bevölkerung an den Reichsstand des deutschen Handwerks heranzutreten, damit er alle Maßnahmen ergreift, die dem Bäckerhandwerk die Herstellung billiger Backwaren ermöglichen.

Ganzer Vorstand eines Haus- und Grundbesitzervereins verhaftet

Auch der frühere Reichstagsabgeordnete Schneidewind

Köln. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft sind, wie die Justizpressestelle bestätigt, auf Grund von richterlichen Haftbefehlen der ehemalige Reichstagsabgeordnete Schneidewind, Schriftführer Franz Gassen jr., Kassierer Hubert Kleiser und Geschäftsführer Wilhelm Jehlissen durch Polizeibeamte verhaftet worden. Die Festgenommenen, die die Ortsgruppe Mülheim des Haus- und Grundbesitzervereins mehrere Jahre leiteten, waren im April ds. Js. bei der erforderlichen Gleichschaltung von ihren Posten abgesetzt worden. Der neue kommissarische Vorstand stellte bereits nach kurzer Zeit unglaubliche Mißstände in der Geschäftsführung fest und unterbreitete das Material der Staatsanwaltschaft, die Haftbefehl erließ.

„Ernstgemeinte Anträge ..."

Heiratsschwindler am Werk — Ein Mädchen um fast 2000 Mark betrogen

Köln. Verwegenen Heiratsschwindlern ist die Polizei jetzt in Köln auf die Spur gekommen. Eine Hausangestellte wandte sich an ein Heiratsbüro in der Großen Witschgasse. Das junge Mädchen zahlte dort zunächst 40 Mark und machte dafür die Bekanntschaft zweier Männer, die indes für eine Heirat nicht in Frage kamen. Dann wurde der heiratslustigen Dame von der Inhaberin des Vermittlungsbüros ein bereits geschiedener etwa 40 Jahre alter Mann vorgestellt, der dem Mädchen auch einen Heiratsantrag machte. Wenige Tage später besuchten beide eine Wirtschaft, in der sie einen jungen Mann trafen, der von dem Begleiter der Dame als Kalkwerksbesitzer vorgestellt wurde. In der Unterhaltung erzählte der Kalkwerksbesitzer der Dame, daß ihr Geld bei ihm sehr gut angelegt sei. Für 1000 Mark werde sie monatlich mindestens 50 Mark Zinsen erhalten. Nach und nach übergab die Hausangestellte ihrem Liebhaber zur Weitergabe an den Kalkwerksbesitzer 1936 Mark. Als sie den Betrug merkte und Anzeige erstattete, waren die beiden Männer verschwunden. Die Polizei fahndet eifrig nach ihnen und hat überdies auch Antrag auf Schließung des Vermittlungsbüros gestellt.

Todesstrafe für Barcelona

Köln. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Kölner Schwurgericht den 38 Jahre alten italienischen Elektriker Vincenz Barcellona wegen Mordes zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, und die 25 Jahre alte Hausangestellte Erna Schneider wegen Beihilfe zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Zweieinhalbjähriges Kind vom Zuge überfahren

Trier. Dienstag nachmittag lief bei Zewen ein zweieinhalbjähriges Kind an einem nur durch ein Drehkreuz geschützten Bahnübergang auf das Gleis der Bahnstrecke Trier—Bitburg. Dabei wurde es von der Lokomotive eines heranbrausenden Zuges erfaßt und sofort getötet. Die Mutter des Kindes war in der Nähe auf dem Felde bei der Arbeit und hatte nicht bemerkt, daß das Kind sich dem Gleise genähert hatte.

80 000 RM.

Unterschlagungen beim Dinslakener kath. Krankenhaus

Dinslaken. Der langjährige Geschäftsführer des katholischen Krankenhauses in Dinslaken wird beschuldigt, Veruntreuungen in Höhe von 80 000 RM. begangen zu haben. Treuhänder haben bei Prüfung der Geschäftsbücher der letzten Jahre Fehlbeträge in dieser Höhe festgestellt. Ein großer Teil des Fehlbetrages ist durch gerichtliche Festlegung des gesamten Vermögens des Geschäftsführers sichergestellt.

Modernes „Bauernlegen"

Festnahme eines Zinswucherers

Gladbeck. Der Kaufmann Clemens Hasebrink aus der Bahnhofstraße wurde von der Kriminalpolizei festgenommen, weil er als Zinswucherer Zinsen in Höhe von 20 Prozent nahm. H. war überaus vermögend und hatte einem Landwirt eine große Summe Geldes geliehen. Als dieser infolge des hohen Zinsfußes und der kurzen Zahlungsfrist den eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkam, wurde er durch Hasebrink durch Zwangsversteigerung um Haus und Hof gebracht. In einem Falle verstand es Hasebrink, ein größeres Objekt, das einen Wert von 180 000 RM. hatte, zur Zwangsversteigerung zu bringen und das Anwesen für den Preis von 40 000 RM. zu erwerben. Bis jetzt sind ihm sieben solcher Fälle nachgewiesen.

Der Versailler Unfriedens-Vertrag

Ein Vortrag Alfred Rosenbergs am Jahrestage des Diktats von Versailles

Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP., **Alfred Rosenberg**, hielt am Jahrestag des Versailler Diktats in der Krolloper in Berlin einen bemerkenswerten Vortrag.

Zu Beginn seines Vortrages kennzeichnete Rosenberg

die heute anders geartete Lage als in früheren Jahren,

betonte aber, daß auch die hoffnungsfreudige Stimmung nach der deutschen Revolution uns nicht abhalten dürfte, den tiefen Ernst von Versailles und seiner Nachwirkungen zu würdigen. Er wolle nicht auf die tausend Einzelheiten des furchtbaren Vertragswerkes eingehen, sondern in die Mitte der ganzen Betrachtungen die Tatsache stellen, die einmal geschichtliche Bedeutung erlangen müßte, daß nämlich

die damaligen Entente-Staaten ihren eigenen Vorfriedensvertrag, auf Grund dessen Deutschland die Waffen niedergelegt, gebrochen hätten, und daß folglich der spätere Vertrag moralisch unhaltbar und auch unrechtmäßig zustandegekommen

sei. Die Mächte der Entente hatten die 14 Punkte Wilsons nur mit zwei Einschränkungen angenommen und sich noch am 16. Juni 1919 ausdrücklich zu dem Vorfriedensvertrag, der diese 14 Punkte umschloß, bekannt. Trotz alledem ist die ganze Versailler Friedenskonferenz über den Inhalt der 14 Punkte hinweggegangen, als hätten sie überhaupt nicht bestanden. In wenigen Minuten wurde die Fortnahme der Kolonien beschlossen, wurde nicht nur Elsaß-Lothringen annektiert, sondern auch die 50-Kilometer-Zone an der Westgrenze festgelegt. Während Wilson noch bei Regelung der Ostgrenze den Polen einen freien Zugang zum Meere durch Neutralisierung des Unterlaufes der Weichsel in Aussicht gestellt hatte, wurde der deutsche Volkskörper im Osten durch das neuerrichtete polnische Gebiet zerschnitten. Während Wilson versprochen hatte, keine Annektionen und Kontributionen zu fordern, wurde den gegnerischen Staaten eine Blankovollmacht für nahezu unbegrenzte Milliarden erteilt, und während der amerikanische Präsident erklärt hatte, nicht etwa strafen zu wollen, wurde Artikel 231 mit der Kriegsschuldlüge ausdrücklich eingefügt.

Die deutsche Handelsflotte wurde genommen, das deutsche Privateigentum im Ausland beschlagnahmt, die Werte des öffentlichen Eigentums in den abgetretenen Gebieten nicht anerkannt, die deutsche Kriegsflotte mußte ausgeliefert werden.

Aber schließlich hatten die Mächte der Entente, um irgendwie die vollständige Abrüstung Deutschlands fordern zu können, sich selbst ebenfalls

zur Abrüstung verpflichtet.

Um diesen Punkt der Gleichberechtigung geht nun, wie der Redner ausführte, ein erbitterter jahrelanger Kampf. Zum ersten Male hat das Deutsche Reich ein unbestreitbares Recht, aber während die deutsche Nation Hunderte von Forderungen immer wieder erfüllt hat, weigert sich die Gegenseite noch immer, einer klaren Verpflichtung nachzukommen, von der der amerikanische Vertreter, General Bliß, ausdrücklich anerkannt hat, daß die Entente bei ihrer Ehre verpflichtet sei, die Abrüstung vorzunehmen. — Man spreche von der deutschen Zivilluftfahrt, der deutschen Polizei, den deutschen Wehrverbänden, der SA, der Hilfspolizei, bloß nicht von der wirklichen Abrüstung.

Wenn Frankreich seine Sicherheitsthesen verfochten habe, so stelle heute Deutschland mit tausendmal mehr Recht seine Sicherheitsforderung.

Die Tatsache der Ueberfliegung Berlins und Thüringens durch fremde Flieger zeigt in erschütternder Weise die Hilflosigkeit Deutschlands auch in der Frage der Luftverteidigung, und die deutsche Nation muß hier eine unbedingte Gleichberechtigung, wenigstens in der Frage der Fliegerabwehr fordern.

In den letzten Monaten sei viel in der Weltpresse die Rede gewesen von der

angeblichen Diskriminierung des jüdischen Volkes in Deutschland.

Tatsache sei aber, daß in Deutschland nur die Parität wieder hergestellt wurde, da es unmöglich war, zu dulden, daß in Berlin 74 Prozent der Anwälte, 80 bis 90 Prozent der Aerzte in den Berliner Krankenanstalten Juden waren.

Wir bestreiten, sagte Alfred Rosenberg, jedem das Recht, uns den Vorwurf der Diskriminierung der Juden zu machen, so lange eine Entwürdigung des großen deutschen Volkes durch den Versailler Unfriedensvertrag geduldet oder gar verteidigt wird.

Wenn in manchen Parlamenten geäußert wurde, so lange in Deutschland eine Diktatur herrsche, sei eine Vertragsrevision unmöglich, so bedeute das eine Verschleierung der klaren Sachlage.

Das Revisionsrecht Deutschlands ist nirgends als mit einer besonderen Staatsform verbunden bezeichnet.

Und wenn nunmehr die andern nicht abrüsten, so sind sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Sie haben also mit der Revision der Verträge begonnen, ihre eigenen Verträge verletzt, und verlieren jedes Recht, weitere Forderungen zu erheben.

Neben dem politischen und staatlichen Frieden will man Deutschland jetzt, 14 Jahre nach Versailles, auch den sozialen Frieden nicht gönnen. Durch Inflation, durch Tribute usw. hatte das Deutsche Reich nahezu sieben Millionen Arbeitslose. Die Regierung Hitler macht die gewaltigsten Anstrengungen, um dieses Elends [illegible]er zu werden und um die jungen Menschen [illegible]ziplin[illegible] zu halten, sie vor innerem Ve[illegible]l zu retten, um Stände- und Klassenkampf [illegible]überwinden und die Ehre des Arbeiterta[illegible]s herzustellen, ist [illegible]ufga[illegible]pp

die Arbeitsdienstpflicht fest beschlos[illegible]

worden. Und nun findet sich in Genf ein sogenannter „Effektivausschuß", der uns diese Pflicht zur Arbeit als militärische Betätigung verbieten möchte.

Der Redner geht nun weiter auf die Schilderung der Tatsache über, daß an Versailles nicht nur die Entente schuld ist, sondern auch jenes System, das nun in Deutschland endgültig überwunden ist. Dieses System ist vielleicht am besten gekennzeichnet durch das bekannte Wort des späteren Außenministers Rathenau: Wenn der deutsche Kaiser gesiegt hätte, dann hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Dieser Mann, Erzberger und all die jetzt verschwundenen Größen hätten durch ihre schamlosen Handlungen dem Gegner immer weiteren Anreiz zur Knechtung Deutschlands gegeben. Die Abrechnung mit den Novemberverbrechern hat aber jetzt ihren Anfang genommen. Vierzehn Jahre haben wir erklärt, daß man Außenpolitik nur mit einem einigen Volke machen könne. Deshalb konnte eine deutsche Außenpolitik mit dem Marxismus im Rücken überhaupt nicht geführt werden. Nun aber stehen wir vor einem besonders großen Geheimnis der deutschen Geschichte: man wollte Deutschland in Versailles für immer knechten, sozial spalten, durch Separatismus zersplittern. Andere Völker wären daran gestorben,

das deutsche Volk aber beginnt heute die größte Stunde seiner seelischen Wiedergeburt zu erleben.

Der Traum eines deutschen Volksstaates von vielen Jahrhunderten geht heute unter Hitler seiner Erfüllung entgegen, und unser Führer ist nicht nur Kanzler, sondern die Verkörperung einer Jahrtausend-Sendung. Der Nationalsozialismus ist keine Parteidiktatur, sondern eine neue Staatsgrundlage überhaupt und symbolisiert die heraufkommende Weltanschauung des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Revolution ist eine Revolution des sozialen Friedens und der Volksversöhnung. Ihr sehnlichster Wunsch ist, auch nach außen hin einen echten Frieden zu erhalten und das Problem unserer Zeit, die soziale Frage, im Sinne eines echten Sozialismus zu lösen, das heißt: im Sinne einer

staatlich gesicherten sozialen Gerechtigkeit.

Der Deutschland aufgezwungene Unfrieden bedroht auch den Frieden der anderen Nationen, und erst ein wirklich befriedetes Deutschland wird die Vorstufe bilden können für einen wirklichen Frieden der ganzen Welt. Der geheime Boykott, der eben nach der etwas verklungenen öffentlichen Hetze durch die Welt geht, bedeutet den Versuch der Verfälschung der Souveränitätsrechte verschiedener Staaten zugunsten einer kapitalistischen Minderheit. Und

über eines müßte sich die Welt im klaren sein:

Nach vielen Versuchen hat Deutschland in der Regierung Adolf Hitlers seine Staatsform gefunden. Ein Sturz Hitlers würde ein furchtbares Chaos nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Mitteleuropa bedeuten und die wirtschaftliche und politische Weltkrise ins Unermessene steigern. Jede Schwächung des neuen Deutschen Reiches bedeutet also eine Stärkung des Weltkommunismus. Jede Förderung aber bedeutet das Wachsen der Stabilität nicht nur des Deutschen Reiches, sondern überhaupt der Verhältnisse auch der anderen Staaten.

Die deutsche Revolution ist nicht das Ergebnis einer abstrakten Theorie, sondern die Revolution des Instinkts und des Charakters. Sie richtet sich gegen kein einziges anderes Land, sie ist nur die Darstellung des wieder erwachten Deutschlands.

Und seinem Dienste gilt nunmehr das Leben des heutigen Geschlechts und der kommenden Generationen für ein Reich der Ehre, Freiheit und sozialen Gerechtigkeit.

Japanischer Forscher steigt 405 Meter tief in einen Vulkankrater



Der japanische Forscher Tokuzo Iwata wird nach dem geglückten Abstieg herzlich begrüßt. Der Forscher hatte sich mit einer Spezialgondel in den Krater des Miharayama-Vulkans auf der Insel Oschima herabgelassen. Dieser Krater heißt „Gottes Ofen" oder auch „Selbstmordkrater". Allein in diesem Jahre hatten bisher 270 Personen durch einen Sprung in den Abgrund ihrem Leben ein Ende gemacht.

Göring empfängt den Direktor der italienischen Zivil-Luftfahrt



Reichsminister Göring und neben ihm links Dr. Molfese, Chef der italienischen Zivil-Luftfahrt, bei der Besprechung im Berliner Kaiserhof. Ganz links: Staatssekretär Milch.

Oesterreichs Krise

Bundeskanzler Dollfuß kündigt eine Verfassungsänderung an

Das Blatt Adevorul veröffentlicht ein Interview seines Wiener Vertreters mit dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß. Der Kanzler kündigte weitere scharfe Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten an, ferner eine Revision der österreichischen Verfassung, weil das derzeitige Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und die Regierung infolgedessen Maßnahmen hätte ergreifen müssen, die den äußeren Anschein der Diktatur trügen, ohne daß aber ein Diktaturregime geplant sei. Dieser Fehler der Verfassung werde ausgemerzt werden, um der Nation eine ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechende Volksvertretung zu geben.

Der Salzburger Landesführer aus dem Heimatschutz ausgetreten

Der **Landesführer des Salzburger Heimatschutzes**, der frühere Justizminister **Dr. Hueber**, erläßt an seine Heimatschutzkameraden einen **Aufruf**, in dem er seinen **Austritt aus dem Verband des österreichischen Heimatschutzes** mitteilt.

Er erklärt u. a. weiter: Ich gehörte der Heimwehr seit ihrer Gründung als guter Deutscher und Oesterreicher an in der Ueberzeugung, daß durch diese Wehrbewegung unserem Vaterlande ein Instrument zur Bekämpfung des Marxismus und zur Erhaltung des Deutschtums, ferner Religion und Kultur geschaffen werden soll. Bis in die jüngste Zeit war eine selbstverständliche Grundlage unserer Bewegung die engste Verbindung mit dem deutschen Gesamtvolk. Die von der Regierung Dollfuß und vom derzeitigen Heimatschutzführer unterstützte Politik muß aber nicht nur zu einer dauernden Entfremdung zwischen Deutschland und Oesterreich führen, sondern bedroht den deutschen Charakter unseres Volkes. Eine solche Politik kann ich für meine Person nicht mehr mitmachen, besonders dann nicht, wenn die Stützung und Finanzierung dieser Politik (Lausanneanleihe) durch das nichtdeutsche Ausland erfolgt. Der bisherige Abwehrkampf der Regierung gegen gewiß zu verurteilende politische Delikte entwickelt sich immer mehr zu einem Vernichtungskampf der Christlichsozialen Partei und volksfremder Elemente gegen den völkischen Gedanken in Oesterreich. Dieser Kampf muß innerpolitisch Oesterreich dem Marxismus in die Arme treiben, außenpolitisch aber Kombinationen fördern, die jeder Oesterreicher nur ablehnen kann.

Nachträgliches Geständnis

Aus **Kassel** wird berichtet: Der Angeklagte **Hickmann**, der vor zwei Tagen trotz seines Leugnens wegen der **Tötung** des nationalsozialistischen Stadtverordneten Messerschmidt **zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt** worden war, sollte in einer anderen Sache als Zeuge vernommen werden. Dabei benutzte er die Gelegenheit, sich bei der Staatsanwaltschaft melden zu lassen, da er etwas Wichtiges zu sagen habe. Hickmann leate dann ein **volles Geständnis** ab, daß er bei dem Zusammenstoß an der Garnisonkirche beteiligt gewesen sei. Er gestand weiter, daß fast sämtliche Mitglieder der „Antifa" an der gleichen Stelle gewesen seien und nannte aus dem Gedächtnis zehn bis zwölf Mann, die übrigen wolle er nennen, wenn man ihm eine Mitgliederliste der „Antifa" vorlege. Er **nannte auch denjenigen, der den todbringenden Stich geführt** hat, mit Namen. Dieser befindet sich bereits in Schutzhaft. Hickmann erklärte weiter, die Annahme des Schwurgerichts, daß Christ, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, den Todesstoß geführt habe, sei nicht richtig. Christ habe einen anderen Mann gestochen.

Weizenverbrauchssteuer in USA.

Nach Washingtoner Blättermeldungen hat die Regierung ungeachtet der Aufwärtsbewegung der Getreidepreise die Erhebung der angekündigten **Weizenverbrauchssteuer** in Höhe von 30 Cents je Bushel beschlossen. Diese Weizenverbrauchssteuer wird am 8. Juli in Kraft treten. Gleichzeitig wird eine Ausgleichsabgabe von ebenfalls 30 Cents je Bushel auf die Einfuhr von Weizen eingeführt, die neben den bisherigen Einfuhrzoll von 42 Cents je Bushel hinzutritt.

Aus aller Welt

Schwere Explosion auf einem Oder-Schleppdampfer. Auf dem Oderschleppdampfer „Annemarie", von Berlin nach Breslau unterwegs, explodierte in der Nähe von Glogau der Kessel und zersplitterte in zahlreiche Teile. Der Maschinist, der Heizer und die Frau des Kapitäns wurden schwer verletzt. Die Frauen des Maschinisten und des Heizers flogen durch den Luftdruck über Bord. Sie wurden jedoch von der Besatzung der geschleppten Kähne gerettet. Die Schwerverletzten wurden sofort mit Autos in das Glogauer Krankenhaus geschafft. Der Maschinist ist dort gestorben. Das Befinden des Heizers und der Frau des Kapitäns ist außerordentlich ernst.

Gas-Explosion in Wien. In der Wohnung eines Stukkateurs im 18. Wiener Gemeindebezirk ereignete sich eine Explosion. Zwei junge Leute wurden erheblich verletzt. Die Fenster gingen in Trümmer, die Türen wurden beschädigt und viele Möbelstücke demoliert. Die beiden Verletzten geben an, daß sich die Explosion infolge ihrer Manipulation an einem Gasmesser ereignet habe.

Sabotageakte im Burgenland. Im Burgenland wurden in der Nacht zum 27. Juni Sabotageakte [illegible] einer Reihe von Fernsprechleitungen verübt. Außer an der Fernsprechleitung Graz—Budapest wurden noch an sechs anderen Linien die Drähte durch Abzwicken gestört. Da an den Leitungsmasten keine Spuren von Steigeisen gefunden wurden, dürften die Drähte mit einer Zange durchgeschnitten worden sein. Die Gendarmerie von Jennersdorf hat im Zusammenhang mit diesen Sabotageakten 17 Personen verhaftet. Vier von ihnen haben ein volles Geständnis abgelegt. Da noch weitere Personen an den Sabotageakten beteiligt sein dürften, werden die Erhebungen fortgesetzt.

ver Hippel-Prozeß

In dem in Königsberg geführten Prozeß gegen n vorläufig seines Amtes enthobenen **Generalndschaftsdirektor von Hippel** begann der Vorende, Landgerichtsdirektor **Ostendorff**, zunächst t der Verhandlung wegen

Betrugs zum Nachteil des Reichsfiskus.

ei den Kreditstützungs- und Osthilfemaßnahmen den Jahren 1927 und 1928 war von Hippel erhandlungsführer mit den zuständigen Regieungsstellen. Er sollte der Landwirtschaft billige redite zuführen. Bei dieser Gelegenheit hat von ippel um Beleihung seiner eigenen Güter roß- und Klein-Kuglack mit 6prozentigen Goldandbriefen bis zur Höchstgrenze gebeten. Nach ippels Schuldenaufstellung bestanden an Verndlichkeiten ein Bankkreditwechsel von 20 000 M. und eine Bankschuld bei der Bank der ndschaft in Höhe von 30 000 RM., die, wie der rsitzende bemerkt, nach den Angaben der Sachrständigen in Wirklichkeit nur 11 172 RM. tragen haben soll. Von Hippel führt dazu aus, ß ihm damals bereits bekannt gewesen sei, daß vier Tage später diese Schuld auf 30 000 M. erhöhte. Ferner war eine Verbindlichkeit gen die Schwester von Hippels und gegen seine au angegeben. Im letzteren Falle handelt es um einen Vorschuß in Höhe von 30 000 RM., n von Hippel von seinem Schwiegervater in n ersten Kriegsjahren zur Uebernahme des tes erhalten haben will.

Die Beweisaufnahme

hte sich im wesentlichen um die Frage, ob bei willigung des Osthilfekredits durch das Reich r dringende Schulden gedeckt werden sollten er Schulden schlechthin bzw. ob wirtschaftlich twendige Maßnahmen von dem Gelde des eiches bewerkstelligt werden durften.

Aus der Zeugenaussage des Staatssekretärs e. R. **Fritz Mussehl** ging hervor, daß grundßlich nur kurzfristige hochverzinsliche Kredite billige langfristige Darlehen umgewandelt rden sollten.

Im Gegensatz dazu sagte Oberregierungsrat Preußischen Landwirtschaftsministerium **Dr. aab** aus, das Ministerium sei nach anfängem Zögern dazu übergegangen, auch eine derweitige Verwendung des Kredits für zussig zu erklären.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag verzt.

Falsche Gerüchte um Minister von Neurath

Aus London waren Gerüchte gemeldet wor-, **Reichsaußenminister Freiherr von Neurath** abe seinen **Rücktritt** erklärt. Diese Meldungen nd, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ri erfunden. Wahrscheinlich sind sie darauf zuckzuführen, daß der Reichsaußenminister vorufig nicht mehr zur Weltwirtschaftskonferenz ch London zurückkehrt. **Minister von Neurath** nach wie vor **Führer der deutschen Delegaon für die Konferenz.** Im Augenblick ist jech seine Anwesenheit in London nicht notendig.

Uebrigens scheint Reichsbankpräsident **Dr. chacht** seine Verhandlungen in London gleichlls soweit abgeschlossen zu haben, daß er jetzt ch Berlin zurückkehren kann.

Wechsel in der Leitung des DHV

Der bisherige Führer des **Deutschnationalen ndlungsgehilfen-Verbandes Milthow** ist von nem Posten **zurückgetreten.** Mit der Leitung s DHV ist sein bisheriger Vertreter **von der eydt** betraut worden.

Kommunistische Terrorübungen

Festnahme von 86 Kommunisten in Ahlen

Die Staatspolizeistelle Recklinghausen hat in hlen 86 Kommunisten festgenommen. Bis in neueste Zeit hinein wurde planmäßig **Unterht in der Handhabung von Schußwaffen** durch kommunistischen Funktionäre erteilt. Außerm wurden **zahlreiche militärische Geländeübun**n veranstaltet. Bei den Waffen-Instruktionsnden wurde die militärpolitische kommunistie Zeitschrift „Oktober" benutzt. Interessant ist, ß in dieser u. a. ein Aufsatz eines Polizeifiors über die **Bekämpfung eines bewaffneten fstandes,** der in einem Polizeifachblatt verentlicht worden war, zum Abdruck gelangte d von dem Führer der Ahlener Kommunisten

eichstagsabgeordneter Karl Peppler



rde vom Führer der Deutschen Arbeitsfront, Ley, mit der Leitung des Amts für Sozialpolitik betraut.

Die evang. Kirche Preußens

unter dem Staatskommissar

Ministerpräsident Göring zum Kirchenstreit

Der Preußische Ministerpräsident Göring hat in der Frage des Kirchenstreits ein Schreiben **an den Preußischen Kultusminister Rust gerichtet.**

In diesem Schreiben bringt der Ministerpräsident zum Ausdruck, daß er mehrfach gebeten worden sei, in den Kirchenstreit und in die Maßnahmen des Preußischen Kultusministers Rust einzugreifen. Er habe dies selbstverständlich abgelehnt und nehme die Zuschriften zur Veranlassung, dies der Oeffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Der Brief fährt fort:

„Ich habe mich deshalb entschlossen, Ihnen vor wenigen Tagen auf Grund Ihres Vortrages sämtliche Vollmachten meinerseits zu übertragen, um den Kirchenstreit zu beenden, und die Belange des preußischen Kirchenvolkes zu wahren und wiederhole auch heute schriftlich die Uebertragung dieser Vollmachten.

Hiernach beauftrage ich Sie, alle Ihnen geeignet erscheinenden Schritte selbständig zu tun und übertrage Ihnen meine sämtlichen Rechte als Ministerpräsident und Stellvertreter des Reichsstatthalters. Ich bin überzeugt, daß ich keinen besseren Mann finden konnte als Sie, um diese frü das preußische Kirchenvolk hochwichtige Frage einer befriedigenden Klärung entgegenzuführen."

Die Neubildung der evangelischen kirchlichen Vertretungen

Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Preußen hat für die unverzügliche **Neubildung der aufgelösten gewählten kirchlichen Vertretungen** folgendes verordnet:

Die kirchlichen Vertretungen werden wiederhergestellt durch **Ernennung von Mitgliedern.** Die Ernennung erfolgt durch meine Bevollmächtigten. Der Bevollmächtigte legt Vorschlagslisten zugrunde, die ihm von den durch ihn bestimmten Stellen eingereicht werden (in Ermangelung ausreichender Vorschlagslisten trifft mein Bevollmächtigter die erforderlichen Bestimmungen nach Maßgabe der durch ihn zu ermittelnden und auf Grund dieses Prüfungsergebnisses festgestellten Entwicklung des kirchlichen Lebens). Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen in Preußen sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt; meine Bevollmächtigten sind befugt, zur Durchführung der Neubildung Ausführungsvorschriften zu erlassen.

Auf seinen Antrag und im Einvernehmen mit dem Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrers Müller, gewähre ich dem kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates, **Pfarrer Hosenfelder,** bis auf weiteres **Urlaub** mit der Anweisung, sich dem Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers **zur Durchführung der volksmissionarischen Aufgabe zur Verfügung** zu stellen.

Ich **beurlaube** mit sofortiger Wirkung **den** Generalsuperintendenten der Mark Brandenburg, **D. Karow.**

Weitere Anordnungen folgen.

Flaggenerlaß des Evangelischen Oberkirchenrates

Aus Anlaß des großen Werkes der Neuordnung der Kirche, das soeben eingeleitet worden ist, ordnen wir an:

Am Sonntag, dem 2. Juli 1933, sind sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser und die kirchlichen Verwaltungsgebäude im Bezirk der Evangelischen Kirche und der Altpreußischen Union außer mit der Kirchenfahne mit der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzflagge zu beflaggen. Der Gottesdienst an diesem Tage ist in Dank und Fürbitte festlich auszugestalten.

Charlottenburg, 27. Juni 1933.

Evangelischer Oberkirchenrat.

Vor des Zentrums Ende

Reichsminister Dr. Goebbels über den Weg zum totalen Staat

Im Halbmondsaal des württembergischen Landtags empfing **Reichsminister Dr. Goebbels** im Beisein des Reichsstatthalters und der gesamten württembergischen Regierung die **Amtswalter der NSDAP** und die **württembergische Presse, Verleger und Redakteure.**

In seiner Rede äußerte sich Reichsminister **Dr. Goebbels** ausführlich über das Wesen und die Ziele der deutschen Revolution.

Mit großer Schärfe wandte sich Dr. Goebbels gegen das Zentrum, das als einzige größere Partei noch übrigbleibe.

Wenn das Zentrum gut beraten sei, mache es seinen Laden selbst zu. Jedenfalls werde die nationalsozialistische Staatsführung den Experimenten des Zentrums nicht mehr lange mit verschränkten Armen zusehen.

Das Zentrum ist, so betonte Dr. Goebbels mit Nachdruck, ziemlich überflüssig und hat keine Existenzberechtigung mehr. Was dem Katholizismus dient, wissen wir selbst, wir wissen aber auch, was der deutschen Nation dient.

Wenn wir das Zentrum aus der Welt der politischen Realitäten entfernen, erweisen wir der Kirche nur einen Dienst, für den sie uns dankbar sein soll.

Unser Standpunkt ist: Wir dulden neben uns keine Partei. Kraft unserer Stärke vernichten wir die anderen Parteien. Wenn sie sich nicht selbst auflösen, lösen wir sie auf. Der Weg zum totalen Staat ist beschritten und wird zu Ende gegangen werden. Am Ende steht ein deutscher Einheitsstaat von nationalsozialistischem Gepräge. Wir wollen niemanden terrorisieren, erklärte Dr. Goebbels weiter, sondern

alle heranziehen. Hundertprozentig nehmen wir nur die Jugend auf.

In 20 Jahren wird es in Deutschland überhaupt keine andere Weltanschauung mehr geben als unsere. Dann erst wird Deutschland außenpolitisch aktiv sein.

Der Parteienstaat, so führte Dr. Goebbels weiter aus, ist endgültig tot. Das ganze parlamentarische Getriebe war ein einziger Betrug. Heute ist

Hitler unumschränkter Herr in Deutschland.

Der Vorwurf, es regiere ja nur eine Minderheit den Staat, ist unhistorisch. Immer regierten Minderheiten; es fragt sich nur, wie sie zur Macht kamen. Beruft sich eine Minderheit auf das Votum der Mehrheit, dann ist dies edelste, auf germanischen Grundsätzen aufgebaute Demokratie. Damit ist ein Idealzustand der deutschen Führungshierarchie wiederhergestellt.

Im Anschluß an den Empfang im Landtag begab sich Reichsminister Dr. Goebbels im Auto nach Böblingen, um von dort aus die Rückreise anzutreten.

* * *

Wie das VdZ-Büro meldet, hat das **Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages, Hauptmann a. D. Farny, sein Reichstagsmandat** ohne Angabe einer Begründung **niedergelegt.** Er war Reichstagsmitglied seit der fünften Wahlperiode 1930 und ist im Wahlkreis 31 (Württemberg) für das Zentrum gewählt worden. Er betätigt sich als Guts- und Brauereibesitzer.

---

zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wurde. Von den 86 festgenommenen Kommunisten sind 50 des versuchten Hochverrats überführt, sie werden sich in Leipzig vor dem Reichsgericht zu verantworten haben. In Ahlen wurden von der Staatspolizeistelle beschlagnahmt: fünf Gewehre (Modell 98), 50 Pistolen, 545 Schuß Infanteriemunition, 940 Schuß Pistolenmunition, ein Tesching und 10 Trommelrevolver. Die Verstecke der Waffen waren raffiniert angelegt in Kornfeldern, Gärten usw. vergraben. In einem Falle hatte ein Kommunist seine Mauserpistole mit 80 Schuß Munition unter dem Fensterbrett seines Schlafzimmers eingemauert. Gleichzeitig wurden auch fünf Zentner revolutionären Druckschriftenmaterials beschlagnahmt.

„Times" zur Berufung des Botschaftsrats Graf Bernstorff nach Berlin

Times schreiben: Es verlautet, daß **Botschaftsrat Graf Albrecht Bernstorff** von der deutschen Botschaft **ins Auswärtige Amt in Berlin abberufen** worden ist und London dieser Tage verlassen wird. Graf Bernstorff ist in London zehn Jahre tätig gewesen. Er hat sich Vertrauen und die Hochschätzung der britischen und auswärtigen Diplomaten gewonnen und hat in der englischen Gesellschaft eine sehr große Zahl persönlicher Freundschaften geschlossen. Er hat mehr als irgend ein anderer einzelner amtlicher Vertreter mit der stetigen Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu tun gehabt, die bis vor einigen Monaten andauerte. Sein Scheiden wird allgemein sehr bedauert werden.

„Evening News" über die deutsche Frau

In einem Artikel über **das Leben der deutschen Frau** unter der nationalsozialistischen Regierung wird von **„Evening News"** der **Frohsinn,** der das neue Deutschland und **besonders die Jugend erfüllt,** mit warmen Worten geschildert.

Das deutsche Mädchen erkenne an, daß die Aufgaben der Ehe allem anderen vorangingen, aber es wolle nicht nur eine tüchtige Hausfrau werden, sondern betätige sich in zahllosen Erwerbszweigen, sei in Literatur und Musik oft besser bewandert als die Engländerin und zeichne sich durch Höflichkeit und Sparsamkeit aus. Die deutsche Frau tue mehr für den Mann als die Engländerin, und es werde weniger für sie getan, mit dem Erfolg, daß sie weit glücklicher sei. Alles sei glücklich und gesund. Eine Atmosphäre von Jugend und Ueberschwenglichkeit kennzeichne das neue Berlin.

Kleine polit. Nachrichten

Die Auflösung der Deutschen Staatspartei

Die **Reichsführung** der Deutschen Staatspartei erläßt folgende Erklärung: **Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgelöst.**

Vorübergehende Verstärkung des Grenzaufsichtspersonals

Zur Abwehr des Ein- und Ausfuhrschmuggels, insbesondere zur Bekämpfung der verbotswidrigen Devisenausfuhr und zur Verhinderung unerlaubter Grenzübertritte, wird ab 1. Juli d. J. das Grenzaufsichtspersonal der Zollverwaltung vorübergehend verstärkt. Zu diesem Zwecke werden Angehörige der SS durch Einzeldienstverträge als Hilfsgrenzangestellte eingestellt und den Zollaufsichtsstellen an der Grenze zugeteilt. Sie verrichten den Dienst unter Führung von Zollbeamten und sind an einer grünen Armbinde mit Reichsadler-Messingschild als Hilfsgrenzangestellte kenntlich.

Kommt Henderson nach Berlin?

Londoner Blätter melden, Henderson habe die Absicht, bis zum Oktober mehrere europäische Hauptstädte zu besuchen, um in privaten Unterhandlungen womöglich eine Einigung über die Abrüstungsfrage zustandezubringen. Er werde zunächst nach Berlin und Paris gehen, hierauf nach Rom und zuletzt nach London.

Die „Saarbrücker Zeitung" verboten

Die Regierungskommission hat die „Saarbrücker Zeitung" für eine Woche verboten, weil in einer Notiz über die am 3. September d. J. am Niederwalddenkmal geplante Saarkundgebung von den französischen Propagandatendenzen der saarländischen Ausnahmegesetze gesprochen wird.

Vizekanzler von Papen in Rom

Vizekanzler von Papen ist in Rom zusammen mit dem deutschen Botschafter in Rom, von Hassel, eingetroffen.

Ein Reichsarbeitsrichter festgenommen. Die für Mittwoch anberaumte Sitzung des Reichsarbeitsgerichts mußte ausfallen, da, wie bekanntgegeben wurde, ein Beisitzer von Arbeitnehmerseite, der Reichsarbeitsrichter Janschek (Berlin), kurz zuvor festgenommen worden war.

Sport

Die „Tour de France"

Ueber den ersten Tag der „Tour de France" ist noch zu erwähnen, daß nicht weniger als acht Fahrer auf der 1. Etappe vorzeitig die Waffen streckten, wobei nicht zuletzt das schlechte Kopfsteinpflaster auf der Fahrt nach Lille die Schuld trug. Der Italiener Gestri tat einen schweren Sturz und mußte ausscheiden. Am überraschendsten ist aber das Aufgeben des Berliners Herbert Sieronski. Ausgeschieden sind weiterhin: Jolly-Belgien, Cepeta-Spanien, Berenger-Frankreich, Viarengo-Italien, Strebel-Schweiz und Intergaray-Frankreich.

Guerra Sieger der zweiten Etappe

Zur weiten Etappe der „Tour de France" traten am Mittwochfrüh nur noch 72 Fahrer an. Die Strecke führte von Lille nach Charleville über 192 Kilometer und hatte ihre Schwierigkeiten in dem unerhört schlechten Pflaster, das auf der anderen Seite den belgischen Fahrern wieder sehr zustatten kam, da sie von ihren heimatlichen Rennen ja an diese Zustände gewöhnt sind. Der Italiener Guerra hatte im Endspurt nicht allzu viel Mühe und siegte sicher in 5:33:52 gegen die Belgier Jean Aerts, Nonsee und Rebry. Die nächsten Plätze belegten Le Greves, Archambaud — der damit weiter an der Spitze bleibt — Jean Wauters, Hardiquest, der Berliner Buse als bester Deutscher sowie Lemaire, Verwaecke und A. Magne. Drei Minuten später traf eine weitere 14köpfige Gruppe am Ziel ein, die von Max Bulla in 5:36:31 angeführt wurde vor Piemontesi und Camusso. Stöpel wurde in der gleichen Zeit 19., während Geyer den 23. Platz einnahm.

Das Turnier in Wimbledon

Feine Siege unserer Damen gab es weiterhin am Mittwoch

Bei wieder schönem Wetter in Wimbledon hatte **Marielnise Horn** als erste Deutsche die Ehre, auf dem Hauptplatz zu spielen. Ihre Gegnerin war die **Polin Jadwiga** Jedrzejowska, die mit 6:3, 6:3 geschlagen wurde. Frl. Horn lieferte einen Kampf, der das tennisverwöhnte Publikum in Erstaunen versetzte. Einen zweiten Erfolg für die deutschen Farben gab es durch Marga von Ende-Pflügner, die nach Rast in der ersten Runde in ihrem Eröffnungskampf die **Kalifornierin Virgina Rice** mit 6:4, 6:4 auspunktete. Die junge Hannoveranerin machte eine ausgezeichnete Figur, war hart und schnell im Schlag und gewann sehr sicher. Auf einem der Nebenplätze **triumphierte Hilde Krahwinkel** leicht 6:3, 6:3 **über die Engländerin** Seymour. Die Siege der drei deutschen Damen haben am Mittwoch außerordentlich starken Eindruck hinterlassen.

Auch von Cramm-Nourney siegen

Einen weiteren deutschen Erfolg gab es am Mittwoch noch im Herrendoppel. Unser gut zusammenarbeitendes Paar aus dem Davispokal-Wettbewerb **Gottfried von Cramm-Eberhard Nourney** triumphierte in der ersten Runde über die Kombination **Burrows-Rodzianki 13:11, 6:2.**

Ab **heute** (Peter und Paul) bis **einschl. Montag** das große **Ufa-Doppeltonfilm-Programm** in der

Lichtburg

I.



II. **Max Adalbert** in dem köstlichen **Militär-Schwank:**

«Die Schlacht von Bademünde».

Ein frisch-fröhliches Scharmützel, zu dem die Lachsalven des Publikums den Schlachtendonner liefern!

Aktuelles: **Ufa-Tonwoche**

Vorführungen: **Donnerstag** (Peter und Paul), **Freitag** und **Montag** um **8,15** Uhr; Samstag **Fremdenvorstellung** **5,30** Uhr und **8,15** Uhr; Sonntags durchgehend von 2—11 Uhr.

Belehrung: **Vorsicht im Straßenverkehr**

Suche sofort tüchtiges

Mädchen

für Hausarbeit u. kleine Landwirtschaft, bei Familienanschluß. Lohn nach Uebereinkunft.

Frau Ww. Th. Preker,
Werl-Neuwerk.

Frische Fische

in dicker Eispackung empfiehlt

A. Klee,
Telefon 22.

Abgeschl.

4-Zimmer-Wohnung

mit Küche und Bad zum 1. August zu vermieten.
Zu erfragen in der Gesch. ds. Bl. unter Nr. 3271.

Heute

frische hiesige

Mäusekartoffeln

(prachtvolle Ware)
10 Pfd. **60** Pfg.

neue

Matjesheringe

mit 5% Rabatt.

Curt Stolper, Soest
und Filialen.

Friseursalon

sofort zu vermieten.
Zu erfragen in d. Gesch. ds. Bl. unter Nr. 3269.

Automarkenöle
lose Autoöle
Elektromotorenöl
Maschinenöle
Autospülöl
Autoweichfett
Glättöl
Oberschmieröl
Getriebefett
Getriebeöl
Heißlagerfett
Wagenfett
Staufferfett
Carbolineum
Fahrrad- und Nähmaschinenöl
Trane
Fußbodenöl
Achsenöl
Gasmaschinenöl
Bohröl
Kompressoröl
etc. etc.
Dorschlebertran
Bohnerwachs
Riemenwachs
Hufsalbe
Vaseline
Lederfett

Ernst Daubert
techn. Oele und Fette
Soest Jakobistr. 61

Zwecks Vornahme der Halbjahresabschluß arbeiten bleiben unsere Kassen für den Verkehr am

Freitag, den 30. ds. Mts., nachmittags

geschlossen.

Städtische Sparkasse zu Soest,
Sparkasse der ländl. Gemeinden der Soester Börde zu Soest.

Bekanntmachung

Die Veranlagungsliste der von den selbständigen Handwerkern im Amte Oestinghausen für das Rechnungsjahr 1933 zu zahlenden Kosten der Handwerkskammer liegt vom 1. Juli 1933 zwei Wochen lang bei dem Unterzeichneten zur Einsicht offen.

Beschwerden gegen die Veranlagung sind innerhalb der vorgenannten Frist an den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg zu richten.

Hovestadt, den 26. Juni 1933.

Der komm. Bürgermeister:
gez. Graf Plettenberg.

Das Vorbild

für alle andern ist der neue Homann Gasherd mit Express Bratofen. Aber auch die neuen Ausführungen von Küppersbusch und Juno muß man unbedingt gesehen haben.

Kommen Sie zu mir!
Unverbindlich und bereitwillig wird Ihnen alles gezeigt.

Gasherde zu den Bedingungen der Städtischen Werke, mit monatlicher Teilzahlung von Mk. 3.— an und 25 cbm Gas kostenlos.

FRANZ KERSTIN.

Deichpolizeiliche Genehmigung

Die Kommunale Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. zu Fröndenberg hat die deichpolizeiliche Genehmigung zur Erhöhung und Verstärkung der beiderseitigen Dämme der Wasserkraftanlage Wickede beantragt. Etwaige Einwendungen können bis zum 15. Juli 1933 schriftlich bei dem unterzeichneten Kreisausschuß erhoben werden. Nach Eingang dieser Frist hier eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Die Zeichnungen zu den beabsichtigten Aenderungen liegen in dem Zimmer 13 des Kreishauses hier zur Einsicht offen.

Soest, den 27. Juni 1933.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Soest.

Giesenbauers Kaffee

den Kaffee für den Kenner, erhalten Sie in der

Drogerie neben der Deutschen Bank.
Ruf 962.

B. Göbel
Brüderstr. 40
Ruf 278.

Sie finden bei mir ein großes Lager modernster

Herrenbekleidungsstoffe
aller Art.

Reine Kammgarnstoffe,
mtr. schon von **11,25** Mk. an.

Fertige Slipon,
beste Ware **49.—** Mk.

Spezialanfertigung feinster Herren-Garderobe nach Maß.

---

4 WOCHEN KOSTENLOS

die „Wirtschaftlichen Kurzbriefe"!

Was die WK sind?

Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!

Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!

Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialauskünften an ihre Abonnenten erteilte!

Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie versagendes Nachschlagewerk bildet.

Mehr als 47000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es ist bestimmt Ihr Vorteil. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!

Bitte hier abtrennen!

GUTSCHEIN

Rudolf LORENTZ Verlag, Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38

Liefern Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos und unverbindlich

Anschrift bitte recht deutlich! _____

_____

Der Deutsche Sender

Die Funkzeitschrift des Dritten Reiches

mit vollständigem Europaprogramm, unabhängiger, bewußt nationaler Rundfunk-Kritik, Roman, Rätsel- und Bastelecke

Monatlicher Bezugspreis
nur noch 85 Pf.
zuzüglich 6 Pf. Zustellgeld

Einzelheft . 23 Pf.

Zu beziehen durch die Post und jede Buch- und Zeitschriftenhandlung. Probehefte kostenlos vom Verlag

Der Deutsche Sender, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23

Bekanntmachung
Verordnung

über das Verbot der Festsetzung von Mindestpreisen, Mindesthandelsspannen u. Mindestzuschlägen im Handel mit Lebensmitteln durch Verbände oder Vereinigungen.

Vom 13. Juni 1933.

Auf Grund der §§ 1, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (R. G.-Bl. I S. 747) wird hiermit verordnet:

§ 1.

(1) Im Handel mit Lebensmitteln dürfen Verbände und Vereinigungen Mindestpreise, Mindesthandelsspannen und Mindestzuschläge jeglicher Art nur mit Genehmigung der Preisüberwachungsbehörden (§ 2) verabreden oder festsetzen. Verabredungen oder Festsetzungen, die nach Inkrafttreten der Verordnung ohne eine solche Genehmigung getroffen werden, sind nichtig.

(2) Verabredungen oder Festsetzungen, die nach dem 31. Mai 1933, aber vor dem Inkrafttreten der Verordnung getroffen worden sind, werden mit Ablauf des Juni 1933 nichtig, wenn sie nicht bis dahin genehmigt worden sind.

§ 2.

Die Genehmigung für die im § 1 genannten Verabredungen oder Festsetzungen erteilen, wenn sie für das Reichsgebiet gelten sollen, der Reichskommissar für Preisüberwachung, sonst die obersten Landesbehörden oder nach deren Anweisung die mit der Preisüberwachung beauftragten Bezirksbehörden.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 1 Abs. 1 werden mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft. Einer Zuwiderhandlung ist gleichzuachten, daß die Vorschrift des § 1 umgangen wird, namentlich dadurch, daß ein gesellschaftlicher Druck ausgeübt oder eine Person verächtlich gemacht wird.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung.
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:
gez.: Dr. Heintze, Ministerialdirektar.

Berlin, den 13. Juni 1933.

★

Veröffentlicht!
Soest, den 27. Juni 1933.

Der Landrat.